

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1908

104 (5.5.1908)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Erscheint täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementpreis: Ins Haus durch Träger zugestellt, monatlich 2.25, vierteljährlich M. 2.25. In der Expedition und in den Ablagen monatlich 85 Pfg. Bei der Post bestellt und dort abgeholt M. 2.10, durch den Briefträger ins Haus gebracht M. 2.52 vierteljährlich.

Redaktion und Expedition:
Luisenstraße 24.
Telefon: 128. — Postzeitungsliste: 8144.
Sprechstunde der Redaktion: 12—1/2 Uhr.
Redaktionschluss: 1/2 10 Uhr vormittags.

Inserate: Die einpaltige, kleine Zeile oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluß der Annahme von Inseraten für nächste Nummer vorm. 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 Uhr.

Druck und Verlag
Verlagsdruckerei Ged & Co., Karlsruhe.

Verantwortlich für den politischen Teil, für Residenz, Legation Post, Feuilleton und Unter-Beilage: A. Weismann; für den übrigen Inhalt: Herm. Kibel.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Zusammentritt des württembergischen Landtags.

Besser als man ursprünglich erwartet hatte, tritt Anfang dieser Woche der württembergische Landtag nach längerer Pause wieder zusammen. Die Tagung wird am 8 bis 10 Wochen dauern. Da es der Kammer an Zeit nicht fehlt, so wird man auch in diesem Jahre wieder mit dem beklagenswerten Zustand zu rechnen haben, den der Landtag noch in den Hundstagen beisammenfindet. Man muß sich fragen, ob eine solche Hinauszögerung der Landtagstagung im Interesse der Erledigung der einzelnen Parlamentsgeschäfte liegt. Die Kammer wird allem von der Regierung verlangen müssen, daß der Landtag künftig früher vorgelegt wird, als es in den letzten Perioden, besonders im Vorjahr, der Fall war. Neue Beschlüsse und Entscheidungen, die aus den letzten Etatsberichten noch in Erinnerung sind, sollten künftig unter allen Umständen vermieden werden. Die umfangreichste Arbeit, die sich der Landtag zu befassen haben wird, ist die Beratung, deren Durchberatung in der Kommission über als ein halbes hundert Sitzungen erfordert hat. Die sozialdemokratischen Vertreter werden sich auch bei dieser Entwürfe — wie schon in der Kommission geschehen — soziale und soziale Erwägungen zur Grundlage des Handelns machen: Förderung des Arbeiterchutzes, sozialer Ausbau der Wohnungshygiene, Aufhebung der Wertsteigerung des Grund und Bodens für die Allgemeinheit, Schaffung eines weiten Spielraumes für die Gemeindeautonomie, sind Punkte, denen die sozialdemokratische Organisation ihre besondere Aufmerksamkeit widmen wird. Von besonderer Wichtigkeit ist ferner der Gesetz über das Zehntelwesen, dessen Erledigung der Justizgesetzgebungskommission schon weit vorangetrieben ist. Bei der Beratung im Plenum dürfte es sich über zu wichtigen Auseinandersetzungen mit den Vertretern des kapitalistischen Klassenstaates kommen. Vorher wird es der Kammer nicht an der Beschäftigung mit den Wahlkommissionen fehlen, deren von der volkswirtschaftlichen Kommission bereits eine Anzahl zur Vorlage an das Plenum vorbereitet worden sind. Das Apothekenwesen, das das Plenum gleichfalls beschäftigen wird. Die Anträge, die von der Kommission hierüber vorbereitet worden sind, werden von der sozialdemokratischen Fraktion zum Gegenstand einer scharfen Kritik gemacht werden müssen. Die verschiedenen Parteien flehen zu sehr am Privatigentum. Die vorjährigen Debatten über den Etat des Innern haben eine Reihe sozialdemokratischer Fragen zur Erledigung offen gelassen. Es liegen u. a. Kommissionsanträge betr. die Aufhebung der Krankenversicherung, Bauunterstützung, Heinarbeiterfrage, Ausdehnung der Gewerbesteuer auf das Handelsgewerbe. Am Schluß der Tagung wird sich die zweite Kammer wahrscheinlich mit einer Frage zu beschäftigen haben, die auch weit über die schwarz-rotten Grenzpfähle hinaus lebhaftes Interesse erwecken wird: Mit der Volksschulreform. Man weiß nicht, was der neue Entwurf bringen wird. In den letzten Monaten ist — von einigen Ausnahmen abgesehen — die Diskussion über diese Frage fast verfallen. Sie ist eben bereits nach allen Seiten geklärt und erschöpft, man wartet nur gespannt auf eine neue Veranlassung. Und so ist der derzeitige Zustand nur als eine Probe vor dem Sturm zu betrachten, der bald nach dem Zusammen des Entwurfs einsetzt wird. Wenn der letztere die gesetzlichen Anforderungen gerecht werden will, dann muß er sich über das hinausgehen, was der klägliche Entwurf von 1902 vorsah. Das mindeste Ziel dieser Reform ist die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht in allen Fällen der Sozialdemokratie. Leider steht nicht einmal eine solche Reform zu erwarten. Daß die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion zu der kommenden Volksschulreform nur von einem fortschrittlichen, modernen und freigeistigen Geiste getragen sein wird, bedarf keiner besonderen Versicherung.

Deutsche Politik.

Kirchensteuern in Bayern.

Kirchensteuer zu erheben, war bisher der katholischen Kirche in Bayern gestattet. Nun bringt die Regierung den

Entwurf eines Gesetzes an den Landtag, „wonach die protestantische Kirche Bayerns r. d. Rh. und die vereinigte protestantische Kirche der Pfalz berechtigt sind, für ihre kirchlichen Bedürfnisse allgemeiner Natur, welche durch Leistungen des Staates oder sonst bereite Mittel nicht ausreichend gedeckt sind, Kirchensteuern zu erheben“.

In der Begründung wird über die Notwendigkeit dieses Staatsgesetzes u. a. gesagt: „Reichen die staatlichen Zuschüsse in Verbindung mit den sonstigen Einnahmequellen zur Befriedigung der kirchlichen Bedürfnisse nicht aus und ist der Staat nicht in der Lage, höhere Zuschüsse zu gewähren, so wird er sich der Anforderung nicht entziehen können, den Kirchengesellschaften unter gewissen Kautelen das jedem Privatverein zukommende Recht einzuräumen, von ihren Mitgliedern Beiträge zur Erfüllung der kirchlichen Zwecke zu erheben.“ Wer also glaubt, der soll bezahlen!

Weiter wird auf Bedenken hingewiesen, welche bereinigt von kirchlicher Seite an die Einführung einer Kirchensteuer geknüpft werden, daß eine zwangsweise Belastung der Konfessionsangehörigen für kirchliche Zwecke nicht wünschenswert sei, unter Umständen zahlreiche Austritte aus der Kirchengesellschaft zur Folge haben und eine Beeinträchtigung der freiwilligen Sammlungen herbeiführen könne. Solche Bedenken hätten sich in benachbarten Staaten als unbegründet erwiesen. Der Staat tue das seine, alles weitere müsse er den Kirchengesellschaften überlassen.

Das Erträgnis einer 2 Proz. protestantischen Kirchensteuer würde 550 000 Mark in Bayern ergeben.

In einer Zeit schwieriger Existenzmöglichkeit weist also der Staat auch der Kirche noch den Weg zur Eröffnung der Massen. Er selbst getraut sich nicht recht, zu den enormen Leistungen, die er heute schon für die Kirchengesellschaften beiderlei Art gewährt, noch weitere treten zu lassen und überläßt es diesen, wo tunlich, zuzugreifen. Natürlich zur Stärkung der religiösen Ueberzeugung! Die Folge solchen Vorgehens liegt klar. Die Entlastung darüber wird genährt werden und die Austritte aus der Landeskirche werden einen Umfang annehmen wie nie zuvor.

Eine große Heeresvorlage für 1910.

Kündigt die „Post“ mit folgenden Worten an:
Vor kurzem hat Major Bronsart v. Schellendorf, der militärische Begleiter des Prinzen Karl Anton von Hohenzollern, auf seinem Kommando zum japanischen Hauptquartier während des Krieges in Ostasien, die Schaffung von Arbeitssozialisten-Abteilungen in der Kadastreife befürwortet. Inzwischen ist Major v. Bronsart zum Chef der Mandatverteilung des Großen Generalstabes aufgerückt. Seiner Befürwortung jenes Gedankens wird kein ganz unerhebliches Gewicht beizulegen sein. Es steht ferner fest, daß sich die Heeresverwaltung eingehend mit dem hier behandelten Gedanken beschäftigt, der schon einmal, in den 13. und 14. Kompagnien der Infanterie-Regimenter, der Ausföhrung nahegekommen ist. Vielleicht bringt die neue Heeresvorlage von 1910 eine einschneidende Aenderung und Reorganisation auch auf diesem Felde.

Auf diese Weise soll eine gewaltige Erhöhung der Friedenspräsenzstärke herbeigeführt werden, da die Absicht besteht, auch Minbertaugliche als Arbeitssozialisten, d. h. als Wachen, Ordnonnanz und Hilfsarbeiter für die Geschäftszimmer, Kammerarbeiter, Schlosser, Beschlagsmiede, Arbeiter für die Wächermacher und Waffenmeister, Köche für die Menagesküchen, Ordnonnanz für Unteroffiziere und Offizierskasinos usw. einzustellen. Das kostet natürlich Geld, Arbeitskräfte, die ihrem bürgerlichen Beruf entzogen werden, und vor allem Volksgesundheit. Die Heranziehung Minbertauglicher zu Arbeitern, die namentlich in Manövern und Kriegzeiten die höchsten Anforderungen an die Arbeitskraft stellen, wäre geradezu ein Verbrechen am Volk. Auf solche Absichten kann nicht früh genug hingewiesen und nicht früh genug gegen sie protestiert werden.

Warum wählen die Arbeiter sozialdemokratisch?

Auf diese Frage haben dieser Tage zwei entschiedene Gegner der Sozialdemokratie Antworten gegeben, mit denen man recht zufrieden sein darf. In der „Post“ schreibt der Leiter eines der größten Industriebetriebe Deutschlands:

Was das Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern betrifft, so hat die Sozialpolitik keinen einzigen Sozialdemokraten bekehrt, wohl aber hat sie die Ungerechtigkeit der Arbeiter gesteigert und Hoffnungen, Wünsche und Ansprüche geweckt, die man früher gar nicht kannte. Wenn der Arbeiter sieht, daß das ewige Schreien nach weiteren Zugeständnissen, durch die Sozialdemokratie unterstügt, dazu führt, ihm Geschenke in den Schoß zu werfen, so kann man es ihm nicht übel nehmen, wenn er sozialdemokratisch wählt.

Hier wird entgegen den Wahllügen, die allemal zu Wahlzeiten auftauchen, offen zugegeben, daß die Sozialdemokratie der treibende Faktor der Sozialpolitik ist, und daß ihre Politik dazu führt, dem Arbeiter „Geschenke“, d. h. sozialpolitische Zugeständnisse, „in den Schoß zu werfen“. Die Sozialpolitik wird geradezu als sozialdemokratisch bekämpft.

Eine ähnliche unbeabsichtigte Anerkennung hat der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Dr. Weber der Sozialdemokratie erteilt in einem Vortrag in Berlin, über den die „Nationalzeitung“ berichtet:

Bei der Besprechung der bisherigen Modarbeit hatte sich Dr. Weber auch mit den Parteien der Minorität beschäftigt, vornehmlich mit der Sozialdemokratie, deren „öde negierende Politik gegen alles, was nicht im Sinn und Interesse der Arbeiterklasse ist“, er energisch verurteilt.

Was Herr Dr. Weber, als Mitglied der nationalliberalen Schatzmacherpartei „energisch verurteilt“, wird von den Arbeitern ebenso energisch gebilligt werden. Herr Dr. Weber hat nur hinzuzufügen vergessen, daß die Arbeiterklasse im Sinne der Sozialdemokratie, die weitans überwiegende Mehrheit des ganzen Volkes umfaßt. Immerhin ist er der Wahrheit ziemlich nahe gekommen. Die Sozialdemokratie „negiert“, d. h. verwirft rücksichtslos alles, was den Interessen der Arbeiterklasse als der großen Mehrheit des Volkes widerspricht“.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer.

(68. Sitzung.)

Karlsruhe, 4. Mai.

Vizepräsident Dr. Wilkens eröffnet 3/5 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister von Marschall und Ministerialdirektor Schulz.

Nach geschäftlichen Mitteilungen wird der Gesetzentwurf betr. das Verkehrssteuergesetz der Budgetkommission zur Beratung überwiesen.

Abg. Nebmann (natl.) berichtet sodann über die Umwandlung der Stelle eines maschinenbautechnischen Referenten nach D 1 in eine solche nach C 2.

Nach kurzen Bemerkungen des Abg. Fergt (Zentr.) wird dem Kommissionsantrag zugestimmt.

Abg. Dr. Obkircher (natl.) erstattet hierauf Bericht über das Budget der Mittelschulen. Der Wunsch nach Errichtung eines eigenen Unterrichtsministeriums sei nicht verstimmt. Auch im letzten Jahre sind erhebliche Fortschritte auf dem Gebiete des Unterrichtswezens zu verzeichnen. Das Verhältnis zwischen Schulverwaltung und Gemeinden ist ein befriedigendes zu nennen. Dank gebühre dem jetzigen Unterrichtsminister, der die Wünsche der Lehrerschaft nach Möglichkeit zu erfüllen bestrebt ist. Es hat aber den Anschein, daß sich der Minister viel zu sehr vom finanziellen Gesichtspunkte leiten läßt. In der Person des Direktors des Oberschulrats ist ein Wechsel eingetreten. Der verstorbene Direktor Arnspurger hat sich um das Schulwesen große Verdienste erworben. Auch die Volkvertretung sei ihm zu Dank verpflichtet. Redner gedenkt sodann des verstorbenen Oberschulrats Dr. Weggoldt, der fast sein ganzes Leben der Schule widmete. Weggoldt war Mitglied dieses Hauses. Mit ihm verloren wir eine ganze und volle Persönlichkeit, deren Einfluß nicht zu verkennen war. In der letzten Zeit schien er verärgert, da er nicht mit allen Anregungen durchzubringen vermochte. Er durfte noch das Inkrafttreten der Novelle zum Elementar-Unterrichtsgesetz, welches größtenteils sein Werk darstellt, erleben. Der verdienete Direktor des Karlsruher Gymnasiums Geheimrat Wendt ist in den Ruhestand getreten, nachdem er sich nahezu 40 Jahre der Reform der Gymnasien gewidmet hatte. Wir sehen neue Männer vor uns, denen wir volles Vertrauen entgegenbringen. Vor allem begrüße ich den neuen Oberschulratsdirektor von Sallwürf. Es ist ein Schulmann an die Spitze der obersten Schulbehörde getreten und damit ein langjähriger Wunsch dieses Hauses erfüllt worden. v. Sallwürf ist ein hervorragender Pädagoge, der sich schriftstellerisch einen Namen gemacht hat. Er ist aber auch ein Menschenfreund. Möge das Ministerium jederzeit den Anregungen des Oberschulrats ein geneigtes Ohr schenken, damit der alte Ruhm des badischen Schulwesens wieder hergestellt wird. Es sind bedeutungsvolle Fragen, die in der nächsten Zeit zu lösen sind. Ich will nur nennen: Die beschleunigte Durchführung der Novelle zum Elementarunterrichtsgesetz, der Ausbau der Lehrerseminare, die Aenderung der Bestimmungen über die Ausbildung der Lehrerinnen. Zu staatlichen Lehrerseminaren wird man wohl kommen müssen. (Abg. Fröhlich: Sehr richtig!) Weiter ist zu erwägen die Reform des höheren Mädchenschulwesens durch Errichtung von Fortbildungskursen. Auch der Lehrplan der Gymnasien erscheint reformbedürftig. Ein unbedingtes Erfordernis ist die Errichtung von staatlichen Internaten an der Mittelschulen. Mögen immer die rechten Männer an rechten Plätzen

ksäcke
70
berhaus
strasse
erkaufen
Durlach.

und die Lehrerschaft auf der Höhe ihrer Aufgabe stehen. Redner macht sodann statistische Mitteilungen über den Besuch der Mittelschulen. Er behandelt eingehend die Mädchenschulbildung, an welche immer größere Anforderungen gestellt werden. Die Zulassung der Mädchen zu den Knabenmittelschulen sei nur als Notbehelf zu betrachten. Im übrigen habe man mit dem gemeinsamen Unterrichte der Mädchen und Knaben gute Erfahrungen gemacht. Den 1230 Mädchen in den Knabenmittelschulen seien 3204 Mädchen in den höheren Mädchenschulen gegenüber. Von den 4524 Mittelschülerinnen besuchten demnach 27,8 Proz. die Knaben- und 72,8 Prozent die Mädchenschulen. Ende des Jahres 1905/06 sind von den 10 als reif erklärten Konvikturen des Verhölgymnasiums in Freiburg 6, von den 14 des Friedrichsgymnasiums daselbst 9 und von den 83 des Gymnasiums in Mastatt 25 und am Ende des Schuljahres 1905/06 von den 27 des letztgenannten Gymnasiums 21 zum Studium der Theologie übergegangen. Es lag eine Petition der Gemeinde Gengenbach vor um Ausbau des Vorseminars daselbst in eine Vollanstalt. Die Kommission kann eine Notwendigkeit hierfür nicht anerkennen. Bei weiterem Bedarf nach einem Lehrerseminar müsse wohl die Errichtung eines solchen in der unteren Landesgegend in Betracht gezogen werden. Eine weitere Petition, eingereicht von der Gemeinde Buchen und anderen Orten, betraf die Bitte um Umwandlung des in Buchen bestehenden Realgymnasiums in ein siebenklassiges Progymnasium. Die Kommission verneint mit der Regierung die Verdrängungsfrage. Hinsichtlich der Erweiterung der Mittelschulen mahnt Redner zur Vorsicht. Die Gemeinden wenden oft allzuviel Mittel für die Mittelschulen auf. Darunter leiden die Volksschulen. Es ist sehr zu wünschen, daß zuerst darauf Bedacht genommen wird, ob bezüglich der Volksschule alles in Ordnung ist. Die Petition der Gemeinde Buchen soll zur Kenntnisnahme überwiegen werden. Redner bittet um Auskunft über den Stand der Frage der Reformschulen. Was die Petition des Badischen Stenographenbundes Stolze-Schrey betrifft, so sei die Kommission der Ansicht, daß sich die Systeme Stolze-Schrey und Gabelberger übertragen und auf ein Einigungssystem hinarbeiten sollen. Die Budgetkommission beschäftigte sich auch mit der Verwendung der Lehramtspraktikanten. Sie ist der Meinung, daß an den Lehrerbildungsanstalten und an den höheren Mädchenschulen Lehramtspraktikanten nur ganz ausnahmsweise und nur beim Vorliegen besonderer Gründe verwendet werden sollen, daß an den übrigen Lehranstalten bezüglich der Gesamtzahl der Professoren einerseits und der Lehramtspraktikanten andererseits an der Verhältniszahl 4:1 als Norm festgehalten, daß aber diese Norm auch an den einzelnen Anstalten möglichst eingehalten werden sollte. Die Verwendung von Unterlehrern an den Mittelschulen an Stelle von Praktikanten sollte eingestellt werden, sobald die dazu nötige Zahl von Lehramtspraktikanten vorhanden ist. Am 2. Dezember v. J. standen 668 Professorenstellen 225 Praktikantenstellen gegenüber, welche letztere nicht alle besetzt waren. Das vorliegende Budget bringt eine Verbesserung, indem für neue Massen und Schulen 28 Professoren, zur Verringerung der Verhältniszahl 22 Professoren angefordert werden. Es muß danach gestrebt werden, immer mehr Lehrkräfte in den staatlichen Schuldienst herbeizuziehen, denn es wird noch Jahre dauern, bis das Bedürfnis befriedigt ist. Ich weiß, daß das Unterrichtsministerium im Kampfe mit dem Finanzministerium um die Anstellung weiterer Professoren öfters unterlegen ist. Es muß aber betont werden, daß wir uns, wenn es sich um die Bildung des Volkes handelt, von finanziellen Bedenken nicht leiten lassen dürfen. (Beifall.)

Abg. Kay (Zentr.) gedenkt gleichfalls der vom Vorredner erwähnten um das Schulwesen hochverdienten Männer. Neben den Fortschritten sind da und dort auch unerfreuliche Erscheinungen anzugehen. Ich verweise auf die Lehrerversorgung. Dem neuen Oberschulratsdirektor stehen auch wir unbefangenen gegenüber. Er hat sich auf dem Gebiete der pädagogischen Schriftstellerei sehr verdient gemacht. Redner wendet sich gegen die vorwiegende Vielheit der Systeme der Mittelschulen. Er fragt die Regierung, welche Erfahrungen man mit den verschiedenen Systemen gemacht hat und wie sich die Abiturienten in der Prüfung und in der Praxis bewährt haben. Das Latein in den Gymnasien könnte auf 1 Stunde täglich beschränkt werden. Zu wünschen sei die Pflege der Staatsverwaltungs- und Landeskunde an den Mittelschulen, wenn auch in bescheidenem Maße. Einfache Arbeiter mit Volksschulbildung seien in der Beziehung oft weit voraus. Gegen die Errichtung eines Lehrerinnenseminars haben wir grundsätzlich nichts einzuwenden; doch ist auch die finanzielle Seite zu prüfen. Ohne dringende Not ist die Errichtung eines staatlichen Lehrerinnenseminars nicht zu empfehlen. Es besteht keineswegs ein Mangel an Lehrerinnen, auch ist über die Vorbildung derselben keine Klage laut geworden. Den Ausführungen des Berichterstatters über den Besuch der Mädchen an Knabenmittelschulen kann ich mich anschließen. Nebenfalls sollte man mit der Zuweisung von Mädchen an die Knabenschulen in Städten, wo höhere Mädchenschulen bestehen, sehr zurückhaltend sein.

Von einer Ueberbürdung der Schüler könne zurzeit keine Rede sein. Von der Einführung eines sog. Spielmittags neben den zwei bestehenden freien Nachmittagen sei abzuraten. Der übertriebene Sport ist es, der zur Nervenüberreizung und anderen Krankheiten der Kinder führt. Ich bin vollständig damit einverstanden, daß zuerst bei der Volksschule nach dem Rechten gesehen wird. Redner empfiehlt die Wiedereinführung der Studienreisen für die Philologen nach Italien und Griechenland. Die Bekanntschaft der Versekung der Lehrer sollte früher erfolgen, damit letztere ihre Mietverhältnisse rechtzeitig regeln können. Redner bringt einen Fall zur Sprache, wonach ein Lehrer seitens der Oberschulbehörde einen Verweis erhielt ohne Angabe der Gründe. Dies sei ein unentschuldigbarer lapsus. In den Erhebungen über die kirchlichen Anstalten liege etwas Verlegendes. Zum Schluß berührt Abg. Kay Freiburger Verhältnisse. (Beifall beim Zentrum.)

Abg. Quenzer (nl.) spricht wegen eines kranken Fußes (sichend): Noch mehr als der Lohnd nach Verteuerung schreibt, schreit unser Schulwesen nach Reform. Eine gute Schule wird durch tüchtige Lehrer bedingt. Der Schüler muß volles Vertrauen zu seinem Lehrer besitzen. Er muß zur Erkenntnis kommen, daß er nicht für den Lehrer, sondern für sich selbst arbeitet. Eine strenge Schuldisziplin ist nichts weiter als eine Scheindisziplin, die so weit als das Auge des Lehrers reicht. Auch auf dem Gebiete der Schule bewahrheitet sich das Sprichwort: Die Liebe ist härter als die Furcht. Die Schule ist heutzutage viel zu sehr Wissensschule als Erziehungsschule. Der Memorierstoff ist direkt schädlich, weil er vor allem das Gedächtnis schwächt. Der Schüler sollte dazu erogen werden, eigene Gedanken niederzulegen und selbst neue Wege zu finden. In die Stelle des Lernens muß der Anschauungsunterricht und die Schärfung der Arbeitskraft treten. Erst dann wird in unserer Schulleben Fröhlichkeit einziehen und wir können schöner Erfolge sicher sein. Redner wendet sich sodann dem Religionsunterricht zu. Durch das viele Auswendiglernen werde das religiöse innere Leben nicht gefördert. Die höchste Aufgabe des Religionsunterrichts ist nach meiner Meinung die Anbahnung einer einheitlichen Weltanschauung. Dazu bedarf aber der Lehrer der Bewegungsfreiheit. In den Kindern greife vielfach ein überspanntes Ehrgefühl. Die Schule muß zur Stärkung der Willenskraft beitragen. Auch der Körper muß gestählt werden; in dieser Beziehung sind die Spielmittage zu empfehlen. Räumen wir mit den vielen Prüfungen auf, wozu denn das Abiturientenexamen und die öffentlichen Abgangsprüfungen? Redner hebt die Bedeutung der englischen Sprache hervor und betont zum Schluß: Auf der Wohlfahrt der Schule beruht die Wohlfahrt des Staates.

Nächste Sitzung: Mittwoch 9 Uhr.

Ich habe nicht die Freilassung der Kleinen, sondern der großen, mehr als 10 000 Mt. betragenden landwirtschaftlichen Betriebskapitalien kritisiert und nicht die landwirtschaftlichen Betriebskapitalien billige. Von diesem Standpunkt hat die sozialdemokratische Fraktion auch im Landtag vertreten. Das weiß der Abg. Schmidt-Bretten, muß es wissen. Trotzdem erhebt er leichfertiger Weise gegen mich den Vorwurf der leichten politischen Gaukelei. In der badischen Politik ist seit langem kein Mann mehr aufgetreten, auf den so sehr die Charakteristik des politischen Gauklers und Demagogen paßt, wie ein solcher Mann der hiesigen politischen Forderungen nach ein Sozialdemokrat aufsteht und gleichzeitig Mitglied der konservativen Fraktion im Fall Schaufele ist. Ein solcher Mann handelt politisch unfair und verdient überhaupt mit allem Recht den Vorwurf des politischen Gauklers. Wenn ein solcher Mann sich dann noch auf den Hochposten des Verteidigers des politischen Gewissens aufstellt, so ist das blutigste Verbrechen. Herr Schmidt-Bretten bringt das fertig und noch anderes dazu, Herr Besinnungsgaukler!

Politik und Reichstuh. Zu diesem Kapitel, das jetzt wieder einmal aktuell ist, schreibt ein Parteigenosse aus dem Bezirk Waldkirch in der Agitation für die ultramontane Presse und gegen die sozialdemokratische liberale und sozialdemokratische Presse. Seit Jahr und Tag wird in unserem Bezirke vor dem Quartalswechsel sehr oft die Frage gestellt, um was für kirchenfeindlichen Blättern zu warnen. Wenn bei dieser Gelegenheit nicht zugleich für die Zentrums-Presse geworben gemacht wird, so will das nicht etwa besagen, daß die Blätter des Lesestoffes den „Lämbigen“ überlassen bleibt. Die Blätter vertritt es immer ausgezeichnet, in diplomatischer Weise den Anhängern der allein seligmachenden Kirche „bei Gelegenheiten“ plausibel zu machen, welche Zeitungen unter dem Begriff „kirchenfeindlich“ fallen und daß nur die Zentrums-Presse die „katholische Presse“ anzusprechen ist. Sehr oft wird bei dieser Identifizierung der Reichstuhl in Anspruch genommen. Wenn das alles an den Tag käme, was in dieser Beziehung auf dem Lande schon geleistet worden ist, das Bild würde empört Kenntnis nehmen von der oft standhaften Agitation für die Zentrums-Presse durch die politisierende Kaplankratie.

Dieser Tage unterrichtete mich ein Parteigenosse des Bezirks Lutzingen (Amt Waldsuf) vom dem Vorgehen bei derigen Pfarrers Klein gegen die „kirchenfeindliche“ Presse. Die Frau des betr. Parteigenossen wurde von Hochwürden in Reichstuhl gefragt, welche Zeitungen zu Hause gelesen werden. Als sie ihm darauf zur Antwort gab, daß ihr Mann die „Katholische“ lese, war der Herr Pfarrer ganz entsetzt und ging sich in längeren Ausführungen über die Schädlichkeit dieser Blätter, um zum Schluß zu verlangen, die Frau möge dafür Sorge tragen, daß die Zeitung abbestellt werde. Selbstverständlich ließ sich unser Parteigenosse nicht beirren und hat eben nach wie vor diejenige Zeitung, welche seine Interessen als Arbeiter vertritt. Bezüglich des liberalen „Ab-Voten“, der im Bezirk viel gelesen wird, sagte der Herr Pfarrer zu einem Bekannten, er unterziehe durch das Abstimmen-dieselben den Wolltestamentismus und er solle ihm versprechen, eine „katholische“ Zeitung zu halten.

Die Allernächsten, denen eine solche Agitation für die Zentrums-Presse bekannt ist, getrauen sich darüber in der Öffentlichkeit zu äußern, geschweige denn, dagegen zu protestieren. Meistens ist unser Landvolk schon so im Sinne des Merkmalismus, daß es solchen Vorkommnissen apathisch gegenübersteht.

Die Wasserkräfte. Waldkirch, 8. Mai. Herr Ingenieur Fischer-Meißen und Herr Zivil-Ingenieur Groß in Freiburg haben bei der badischen Regierung ein Gesuch um Konzessionsbewilligung zum Ausbauen der Wasserkräfte der Wilt in Gutsch eingereicht. Rauen, welche diesen Gebirgsfluß kennen, hätten nie geglaubt,

Zwischen den Zelten.

Kriminalroman von Friedrich Thieme.

65) (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Sanitätsrat Dr. Heilmann trat dem Sachverständigen entgegen. Er führte eine Anzahl Fälle an, welche die enorme Wirksamkeit des Arsenwasserstoffes beweisen. Professor Gehlen in München atmete eine geringe Menge davon während eines Versuchs ein; er arbeitete mit einem Gasbindungsapparat und vermutete, daß derselbe nicht überall dicht sei. Um sich zu überzeugen, ob und wo das Gas noch ausströme, roch er an dem verdächtigen Punkte und wiewohl er nur eine ganz kleine Quantität von dem Gas einschlopfte, trat schon nach einer Stunde Erbrechen und Frostschauer, sowie große Schwäche ein und der Gelehrte starb, trotz aller angewandten Mittel, am nächsten Tage. Ebenso starb Professor Brittan in Dublin, der versehentlich Arsenwasserstoff eingeatmet hatte, am sechsten Tage. Der Zeuge führte noch eine weitere Reihe von Beispielen an, die jedoch Professor Dr. Lassen als nicht beweiskräftig erklärte, weil sie sämtlich eine Einatmung des Giftes in mehr oder weniger konzentriertem Zustande zur Unterlage hatten. Zwischen den beiden Sachverständigen entstand eine äußerst lebhaft kontroverse, die schließlich vom Vorsitzenden abgebrochen werden mußte.

Verteidiger Justizrat Hochstetter stellte darauf den Antrag auf Vorladung weiterer Sachverständiger, zog jedoch denselben zurück, nachdem der Staatsanwalt auf die dadurch notwendig werdende Vertagung der Verhandlung mit ihnen für die Angeklagte höchst unangenehme Folgen hingewiesen hatte. „Die Untersuchungshaft“, erklärte der Vertreter der Staatsanwaltschaft, würde dadurch um 2 bis 3 Monate verlängert, ohne daß wir eine Garantie dafür haben, daß die Frage zur wirklichen Entscheidung gebracht wird. Bei der tatsächlichen Beurteilung des konkreten Falles spiele auch die Möglichkeit eine so große Rolle, als daß wir dieselbe ganz aus dem Spiele lassen könnten, und Professor Lassen hat selbst erkannt, daß möglich eben alles sei.“

Verteidiger: Dann frage ich Herrn Professor Lassen nochmals, ob er behaupten will, daß jede Möglichkeit eines Verlaufs wie ihn Sanitätsrat Dr. Heilmann behauptet, ausgeschlossen sei?

Professor Dr. Lassen: Die Möglichkeit nicht, aber die Wahrscheinlichkeit. Möglich ist alles, habe ich schon gesagt, auch ein Phantasie-Roman von Jules Verne rechnet noch mit wissenschaftlichen Möglichkeiten.

Nach dieser Erklärung zog der Verteidiger seinen Antrag zurück, worauf der Präsident die Beweisaufnahme für geschlossen erklärte. Der Staatsanwalt plädierte selber für Freisprechung, da der Nachweis einer Schuld der Angeklagten nicht erbracht sei. Die Möglichkeit einer Vergiftung des Knaben durch den arsenhaltigen Anstrich der Wände sei nicht ganz von der Hand zu weisen, umso weniger, als die übrigen Indizien zu wenig beweiskräftig wirkten, um einer Verurteilung der Angeklagten zu begründen. Diesen Ausführungen schloß der Verteidiger sich an und bedauerte nur, daß es leider, sowie es nicht möglich sei, den Beweis für die Schuld der Hilpert zu erbringen, auch nicht in seiner Macht oder der Macht irgend eines Menschen liege, den klaren, vollgültigen Beweis für ihre Unschuld anzutreten. Dadurch bleibe ein häßlicher Verdacht auf ihr ruhen, der trotz ihrer Unbewieseneit und Unbillbarkeit ihre Stellung in der Gesellschaft und ihre Zukunft beeinträchtigen müsse. Er für seine Person halte alles, was an Indizien gegen die Angeklagte vorgebracht werde, für müßiges Gewäsch, dem keinerlei Bedeutung geschenkt werden wäre, wenn sich eben die Tatsache der Vergiftung selber aus der Welt schaffen lasse. Diese Tatsache lasse sich aber so wenig umstoßen, als sich die Frage, ob wirklich das unter den Kapeten vorhandene Arsen die Rolle des Täters gespielt, durch noch so viele Sachverständige erschöpfen lasse. Er könne seine Klienten seit langen Jahren und habe stets nur die weitgehendste Hochachtung für sie empfunden — ihr Charakter schon müßte sie gegen eine so große Beschuldigung schützen! Man lege noch viel zu wenig Wert im Gerichtsverfahren auf die moralische Fähigkeit oder Unfähigkeit eines Bezichtigten zur Begehung einer Tat. Er erinnere an die Worte Schillers, die er den Marquis Fosa zu König Philipp sprechen läßt:

„Und etwas lebt noch in des Weibes Seele, Das über allen Schein erhaben ist Und über alle Lästung — es heißt Weibliche Tugend.“

und worauf der König erwidert: „Ja, das sag ich auch, So tief, als man die Königin bezichtigt, Gerad zu sinken, kostet viel. So leicht, Als man mich überreden möchte, reißt Der Ehre heilige Bande nicht!“

Cliffie Hilpert müsse freigesprochen werden, aber das sei kein hinreichende Genugtuung für sie! Man habe ihr unerschütterlichen Schmach und Leid angetan — die menschliche Gerechtigkeit stehe eben noch auf löcherne Füßen, ihr fehle die göttliche Weisheit um auch immer eine gerechte zu sein!

Die Angeklagte hielt während des letzten Teils der Rede ihres Anwalts die Augen bedeckt, nur manchmal hörte man leises Nimmern unter dem weißen Tuche hervorquellen. Als die Frage des Präsidenten, ob sie noch etwas hinzuzufügen habe, entgegnete sie fest, aber mit fast vergebener Stimme: „Ich bin unschuldig, so wahr mir Gott helfe!“ Die Geschworenen sagten sich nach empfangener Rechtsbelehrung zurück, um schon nach wenigen Minuten aus ihrem Zimmer wieder hervorzutreten. Ihre Wahrspruch lautete auf Nichtschuldig! Ein allgemeiner Beifallsturm erhob sich, sobald der Präsident mit der Nennung des Fußstuhlsraum drohen mußte, um die Ruhe wiederherzustellen. Der Gerichtshof sollte danach das auf kostenlose Freisprechung lautende Urteil. Wie gedrohen verließ die Angeklagte, von ihrem Verteidiger unterstützt, die Anklagebank. Als sie den inneren Saal betrat, näherte sich ihr Fabrikant Dehner, Onkel, und streckte ihr die Hand entgegen, aber mit kaltem Miene wandte sie sich ab und schwankte hinaus. So ist Clifflie Hilpert zwar freigesprochen aber der häßliche Verdacht ruht nicht voll entrüstet werden — mögen die Menschen vorurteilfrei genug denken, ihr die Ungültigkeit der Menschlichkeit Rechtssprechung nicht entgelten zu lassen!

(Fortsetzung folgt.)

Die Donau...
Die Ab...
Das Verke...
Die Wasserkräfte...
Für die Ge...
Vom dem...

kleinen, in den Rheingebirgen, welche am Sonntag, den 28. April, im Hotel Waldkirch vor interessierten Personen einen Vortrag hielten, auf 20 000 Pferdestärken bei Anlegung einer Talstaufer (Staufee) im Simonswälder Tal. Das Werk selbst soll im Herbst errichtet und das benötigte Wasser durch Rohrleitungen von diesem Staufee, der 25 Millionen Kubikmeter Wasser fassen soll, bezogen werden.

In technischer Beziehung sind die allgemeinen Ausführungen des Herrn Fischer-Rheinau unanfechtbar. Die angelegten und nach anzulegenden Niederdruckwerke (z. B. Rheinwerke) leiden an dem Mangel, daß ihre Kräfte nicht voll ausgenutzt werden können. Die meiste elektrische Energie wird im Winter verbraucht, während es eine Tatsache ist, daß der Rhein im Winter weniger Wasser bringt, als im Sommer; hiergegen sind es gerade die Gebirgsbäche, bei denen das umgekehrte Verhältnis vorliegt. Ferner ist ein allgemeiner Mibstand, daß bei den Hochdruckwerken während der sogenannten Spitze, das ist die Zeit vom Dunkelwerden bis zur Zeit, wo der Motorenbetrieb eingestellt wird, ungeheure Quantitäten elektrischer Energie verschwendet werden. Um nun für diesen Massenverbrauch zu sorgen — also dem Zusammentreffen von Licht und Kraft — kann nur verhältnismäßig wenig an das Werk angeschlossen werden. Diese kurze Verbrauchszeit bedingt eine so große Menge, daß circa 1/3 der Maschinen in der andern Zeit brach liegen.

Herr Fischer-Rheinau nimmt nun den Standpunkt ein, daß die Hochdruckwerke (um ein solches handelt es sich hier) mit den Niederdruckwerken in Verbindung sein müssen und daß erstere für die Zeit der Spitze und dem Niedrigstand des Wassers bei den Niederdruckwerken, den benötigten Mehrverbrauch als die Leistung aus den aufgespeicherten Wassermengen an die Niederdruckwerke liefert und dadurch könnten solche voll ausgenutzt werden.

Dies wäre allerdings ein Fortschritt von eminenter Wichtigkeit und nicht das geringste ist einzuwenden. Nur ergibt sich daraus die unumstößliche Konsequenz, daß die großen Wasserkräfte einheitlich dirigiert werden müssen und dies kann nur vom Staate geschehen.

Die Stadt Freiburg plant den Bau eines Niederdruckwerks in Breisach; hier in aller nächster Nähe von Breisach soll ein Hochdruckwerk errichtet werden. Es ist die Pflicht unserer Regierung, beide Projekte in die Hand zu nehmen und solche nicht der kapitalistischen Privatausbeutung zu überlassen.

Landes-Tuberkuloseversammlung.

Die Donnerstag, 7. Mai, 1/3 Uhr in Breisheim stattfindende Landes-Tuberkuloseversammlung wird durch den Vorsitzenden des Landes-Tuberkuloseausschusses Professor Dr. Hugo Stark-Karlsruhe geleitet. Herr Bezirksarzt Dr. Thomann-Breisheim wird über „Beruf und Tuberkulose“ sprechen, der Direktor des Städtischen Landesamtes, Herr Oberreg.-Rat Lange-Karlsruhe, macht Mitteilungen über die Sterblichkeit der Kinder an Tuberkulose im Großherzogtum Baden und Herr Professor Vulpinus-Johannberg wird einen Vortrag über den „Zusammenhang zwischen Lungentuberkulose und Gelenk- und Knochentuberkulose“ halten. Der Vorsitzende erstattet einen Bericht über die Tätigkeit der Ausschüsse des Landes im Jahre 1907 und über die Entwicklung der Landesorganisation zur Bekämpfung der Tuberkulose. Im Anschluß an die offiziellen Vorträge findet eine Diskussion statt, zu welcher bereits eine Reihe von Rednern vorgerufen sind. Bei der Versammlung sind nicht nur die Mitglieder der Tuberkuloseausschüsse willkommen, sondern alle, welche für die Tuberkulosefrage Interesse haben. Die vorjährige Landesversammlung in Freiburg war von über 1500 Personen besucht.

Die Abänderung des Verkehrssteuergesetzes.

Das Verkehrssteuergesetz vom 6. Mai 1899 besteuert den Erwerb des Eigentums an inländischen Grundstücken. Folgerichtig knüpft es den Eintritt der Steuerpflicht grundsätzlich an den Eintritt der Rechtsänderung, d. h. in den Übergang des Eigentums. Bei Erlassung des Gesetzes war man sich aber schon bewußt, daß an diesem Grundsatze nicht starr festgehalten werden könne, sondern daß zur Verhütung von Umgehungen der

Verkehrssteuer auch gewisse der Rechtsänderung vorausgehende Vorgänge für steuerpflichtig erklärt werden müßten. Man ließ deshalb die Steuerpflicht auch schon bei dem Eintrag einer Vormerkung (Veräußerungsverbot, Verfügungsbefchränkung) oder eines Widerspruchs eintreten und erklärte selbst das Erwerbungsgehalt für steuerpflichtig, wenn seit dessen Abschluß drei Monate umlaufen waren. Die angeordnete Erfassung der Vormerkung und des Widerspruchs durch die Besteuerung hatte den gewünschten Erfolg. Beide Institute konnten zur Umgehung der Verkehrssteuer nicht dienen und wurden daher zu diesem Zwecke auch nicht benützt. Ganz anders aber verhielt es sich mit der Bestimmung des § 3 Absatz 1 Ziffer 2 b, durch welche der hierbei verfolgte Zweck keineswegs erreicht wurde. Einerseits wurde von Grundstückspekulanten der Umstand ausgenützt, daß die Steuerpflicht erst nach Ablauf von drei Monaten entfällt und nicht eintritt, wenn das Erwerbungsgehalt vor Ablauf dieser Frist rückgängig gemacht wurde; andererseits suchte die Spekulation von dem Abschluß von Kaufverträgen überhaupt oder wenigstens so lange als möglich abzusehen, und wählte Vertragsformen, durch welche eine Steuerpflicht nicht entfiel, die aber für die Zwecke der Spekulation ausreichten erschienen. Namentlich in Mannheim haben die Umgehungen der Besteuerung durch die Grundstückspekulanten einen solchen Umfang angenommen, daß nach einem Berichte des Grundbuchamts einfache Kaufverträge mit sofortiger Auflassung die Ausnahme bilden, während durch die verschiedenartigsten Klauseln auf Vertragsformen beruht wird, der Besteuerung zu entgehen, oder, wo dies nicht möglich ist, dieselbe doch wenigstens tunlichst weit hinauszuschieben, um Zinsen zu erparen. Hierdurch werden nicht nur die finanziellen Interessen des Staates und der Gemeindefürsorge geschädigt, sondern auch die Wahrheit des Grundbuchs leidet, indem die Parteien es vermeiden, sich als Eigentümer in das Grundbuch eintragen zu lassen, obwohl der Eigentümer ihnen das ausschließliche Verfügungsrecht über das Grundstück insbesondere die Möglichkeit, dasselbe auf eigene Rechnung zu veräußern, unter Anwendung von diese Verhältnisse verwickelnden Vertragsformen tatsächlich eingeräumt hat.

Um diese Schädigungen hintanzuhalten, sind gesetzgeberische Maßnahmen erforderlich. Der vorliegende Gesetzentwurf bezweckt, den Umfaß von Veräußerungen nicht nur dann der Verkehrssteuer zu unterwerfen, wenn ein Spekulant das zivilrechtliche Eigentum an einem Grundstück, das er mit Gewinn zu veräußern beabsichtigt, erwirbt, sondern auch dann, wenn er sich in irgend einer Weise auch nur die Befugnis einräumt, dasselbe auf eigene Rechnung zu veräußern. Es muß also gegenüber dem bisherigen Gesetze ein erweiterter Kreis von Rechtsgeäften, die eine Rechtsänderung nur vorbereiten, aber zur Umgehung der Verkehrssteuer dienen können, der Steuer unterworfen werden.

Nationalliberales. Wie die „Bad. Landesztg.“ hört, wird Generalsekretär Heine, der seit einem Jahre das Parteisekretariat der nationalliberalen Partei Badens verwaltete, auf seinen Antrag im Laufe dieses Jahres aus dieser Stellung ausscheiden. Herr Heine hat den Wunsch, sich wieder ausschließlich der journalistischen Tätigkeit zuzuwenden.

Deutscher Reichstag.

(149. Sitzung.)

* Berlin, 4. Mai.

Auf der Tagesordnung steht nach Erledigung einiger Rechnungssachen der Nachtragsetat wegen der Ostmarkenzulagen. Abg. Schulz-Bromberg (Sp.) tritt mit wenigen Worten für die Vorlage ein.

Abg. Gröber (Zentr.) bekämpft die Ostmarkenzulagen an und für sich, weil die Vorlage politisch tendenziös sei. Reichssekretär Schow ist überzeugt, daß die Beamten in den Ostmarken nach wie vor in jeder Hinsicht ihre volle Schuldigkeit tun werden.

Abg. Dertel (natl.) heißt die Vorlage willkommen, da sie endlich die Gleichstellung der Reichsbeamten mit den preußischen Beamten in den Ostmarken bringe.

Abg. Badnide (freis. Vg.) erklärt, für den größten Teil seiner Freunde seien, wenn sie der Vorlage zustimmen, zwei Momente maßgebend: 1. daß Preußen diese Zulage seinen Beamten gewährt und 2. daß die Unwiderrücklichkeit jetzt zugestanden

worden sei. Daß diese Vorlage keine politische sei, das habe schon der Herr Schachsekretär erklärt und darauf stützten sich seine Freunde und meinten, daß die Annahme ohne kommissarische Beratungen erfolgen könne.

Abg. Brejki (Pole) bekämpft die Vorlage lebhaft. Staatssekretär Kräfte erwidert, der Vorredner hat gesagt, für die Beamten sei die Zulage eine Prämie auf den Galatimus. Die Beamten gingen nur nach den Ostmarken, um dort frei zu kneipen. Ich protestiere gegen eine solche Beleidigung der Beamten. Nur wegen der schwierigen Verhältnisse für die Beamten ist es gerechtfertigt, ihnen dasselbe zuzuwenden, was die preußischen Beamten dort schon haben. Eine politische Vorlage ist das nicht.

Abg. Ledebour (Soz.):

Wenn die Zulage nur auf ein Jahr unwiderrücklich gewährt wird, dann hat es die Verwaltung ja in der Hand, nach Ablauf dieses Jahres sich die Beamten unter die Lippe zu nehmen, ob sie auch brav in dem Sinne gewesen sind, daß sie den Polen gegenüber forsch und schneidig vorgegangen sind. Wir haben ja wiederholt gehört, daß diejenigen Postbeamten für besonders pflichttreu gehalten worden sind, die Briefe mit polnischen Adressen oder Pakete mit polnischen Aufschriften nicht bestellten, die einfach die Polen schikanierten. Die Germanisierungsbestrebungen den Polen gegenüber werden denselben Mißerfolg haben, wie die in Oesterreich vor Jahren unternommenen bürokratischen Germanisierungsversuche, die unter den Tschechen, Galionen usw. erst die Opposition erweckten, sodah die Deutschen in Oesterreich sehr bald in die Defensive gelangten. Die Regierung gibt sich mit der Gewährung der Ostmarkenzulage Mühe, die Beamten, die Ehrgefühl besitzen, aus ihren Kellern in jenen Provinzen herauszubringen. (Präsident Graf Stolberg ruft den Redner wegen dieser Äußerung zur Ordnung.)

Abg. v. Camp (Sp.), für die Vorlage eintretend, fragt, ob die Intendantursekretäre unter dieselbe fielen. Das Nichten des Staatssekretärs bestätigte ihm dies.

Damit schließt die erste Lesung. Kommissarische Beratung ist nicht beantragt. Die zweite Lesung, die heute noch nicht auf der Tagesordnung steht, folgt also demnächst gleich im Plenum. Es folgt die zweite Lesung der Maß- und Gewichtsordnung. Die ersten fünf Paragraphen werden debattelos genehmigt und sodann die §§ 6 bis 9 und 14 in der Debatte zusammengefaßt.

Abg. Kaphengst (kons.) beantragt zum § 9 einen neuen Zusatz dahin, daß Bier auch beim Verkauf in Flaschen, Glasballons, Krügen und Siphons nur in solchen Gefäßen geliefert werden darf, die auf ihren Raumgehalt geacht sind. Nicht einverstanden sei er mit einem Antrage Delbrück zum § 14, die hier vorgesehene Viertel- und Achtelteilung des Kilogramms zu streichen, also ein Viertel- und ein Achtel-Kilogramm-Gewicht nicht zur Abmessung zuzulassen. Dagegen stimme er einem Antrage Kreefe zu § 14 bei, Wein-, Obstwein- und Bierfässer nicht als Maß im Sinne des § 9 anzusehen, diese Fässer also in jeder Größe zum Abmessen zuzulassen.

Abg. Sachse (Soz.)

begründet den Antrag seiner Partei und weist darauf hin, wie dringend notwendig die Nachsichtung der Förderwagen und Gefäße sei, um den Bergmann vor Benachteiligung zu schützen. Der § 8 bestimmt, daß zum Messen und Wägen im öffentlichen Verkehr nur geachtete Maße, Gewichte und Wagen angewendet und bereitgehalten werden dürfen. Wir wollen das Wort „öffentliche“ streichen. Den Antrag der Freisinnigen bitte ich abzuweisen, dagegen aber den Antrag der Nationalliberalen anzunehmen.

Abg. Normann (fr. Sp.) empfiehlt den Antrag Delbrück, beim Kilogramm eine Viertel- und Achtelteilung nicht zuzulassen. Redner wendet sich dann namentlich noch gegen den Antrag Albrecht wegen der Fördergefäße in Bergwerksbetrieben. Geh. Oberbergamt Reihner bittet ebenfalls um Ablehnung dieses sozialdemokratischen Antrages, dessen Zweck es sei, für die Förderungsgefäße nicht nur die Neu-, sondern auch die periodische Nachsichtung herbeizuführen. So wie die Verhältnisse im Bergbau liegen, sei dies undurchführbar und überflüssig.

Abg. v. Camp (Sp.) stimmt dem zu. Es genüge, wenn der ungefähre Inhalt der Fördergefäße durch eine erste Nachsichtung festgestellt sei.

Von den Himmelserscheinungen im Monat Mai.

Von Georg Raefner in Bremen.

(Nachdruck verboten.)

Für die Entwicklung der organischen Welt auf der Erde haben die Geologie und die Paläontologie gewisse Zeiträume, während welcher auf der Erdoberfläche ungefähr dieselbe Temperatur bestanden haben muß wie jetzt. Nun empfängt aber die Erde ihre gesamte Wärme, die für die Entwicklung des Lebens und für die Erhaltung der Temperatur hier gleichbedeutend ist mit derjenigen, die die Sonne uns während dieser Zeiträume immer die gleiche Wärmemenge zugestrahlt haben muß. Selbst für einen so riesigen Körper wie die Sonne ist das aber eine Forderung, die er nicht erfüllen kann, wenn seine Energie nicht immer ersetzt wird. Man hat sich daher vielfach darüber den Kopf zerbrochen, wie beide Umstände miteinander zu vereinbaren sind. Nun hat der berühmte Physiker Helmholtz nachgewiesen, daß die Sonnenwärme sich dadurch ergänzen kann, daß die Sonnenkörper zusammenziehen, das heißt, daß die Sonnenmaterie nach dem Mittelpunkt zu fällt. Nach seinem berühmten Gesetz von der Erhaltung der Energie kann nämlich beim Fall der Körper Wärme entstehen, wie auch z. B. daraus folgt, daß das Wasser des Niagara nach dem Aufschlagen auf dem Grunde des Falles ungefähr 1/4 Grad wärmer ist als noch während des Abflusses. Aus gleicher Quelle kann nach Helmholtz die ausgestrahlte Wärme der Sonne stammen und sich auch wieder ergänzen. Dabei braucht der Sonnenkörper garnicht heiß zu werden; er kann unter Umständen dabei sogar wärmer werden. Seine Rechnung zeigt, daß die durch die Zusammenziehung des Sonnenballes gewonnene Energie die im wesentlichen von Wärme frei wird, ausreicht, um die Wärmeabfuhr der Sonne für 20 Millionen Jahre zu decken, wenn man annimmt, daß die gesamte gewonnene Energie zur Ausstrahlung verwandt wird. Nun sind aber durch ein Buch von H. Emden in München über „Gassternen“ neue Untersuchungen bekannt geworden, nach denen auf Grund der Lehren der mechanischen Wärmetheorie sich ergibt, daß ein gewisser Teil der durch die Zusammenziehung gewonnenen Energie in der

Sonne aufgespeichert wird. Dieser Teil ist seiner Größe nach verschieden, je nach dem gemischten Bau des Sonnenballes. Sehr wahrscheinliche Annahmen ergeben nach dieser Theorie, daß die Sonne in demselben Maße wie jetzt nicht so lange Wärme spendet haben kann, wie nach Helmholtz's Rechnung als wahrscheinlich galt, sondern daß diese Zeit 7 bis 8 Millionen Jahre heruntergeht. Das genügt aber für die Geologie und Paläontologie nicht, so daß Emden daraus den Schluß zieht, daß die Sonnenwärme, wie sie uns durch die Wärmeabstrahlung in Erscheinung tritt, anderen Quellen entflammen muß. Die Helmholtz'sche Anschauung wird dadurch natürlich noch nicht so ohne weiteres erschüttert, aber sie fordert Ergänzungen, die ihr die Forschung weit leisten müssen.

Das starke Emporsteigen der Sonne zur Sommerwendepunkt macht sich gegenwärtig hauptsächlich durch den frühen Auf- und den späten Untergang der Sonne bemerkbar. Am 3 Uhr morgens beginnt bereits die Dämmerung, und am Abend ist 9 Uhr schon lange vorüber, wenn die Nacht ihre Schatten auf die Erde senkt. Vom 18. Mai ab ungefähr sinkt bei uns die Sonne auch bei ihrem untersten Stande in der Nacht nicht mehr unter den Dämmerungstreis hinaus. Der Schein der Sonne dämmert dann die ganze Nacht hindurch zu uns herüber. Es beginnt die Zeit der hellen Nächte, bei denen die Abenddämmerung unmittelbar in die Morgendämmerung übergeht und den Glanz der schwächeren Sterne namentlich am südlichen Horizont gänzlich übertrifft.

In diesem Monat wird auch mal wieder der Mercur, der flüchtigste unter den Wäubern im Planetensystem, sichtbar, und zwar in der zweiten Hälfte des Monats am Abend, zuletzt eine halbe Stunde lang. Die Sichtbarkeitsdauer der Venus nimmt wieder ab und beträgt zuletzt nur noch 2 1/2 Stunden; am Ende des Monats strahlt der Planet in seinem größten Glanze und funktelt wie ein Stück Sonne, das nicht mit unter den Horizont gesunken ist. Die Dauer der Sichtbarkeit des Mars sinkt bis unter 1/2 Stunde am Ende des Monats. Jupiter, der den ganzen Winter über den Himmel beherrschte, geht am Ende des Monats schon um Mitternacht herum und ist dann nur noch 2 1/2 Stunden am nordischen Abendhimmel zu sehen. Saturn wird gegen Ende des Monats auf kurze Zeit des Morgens im Osten sichtbar.

In diesem Jahre ist die Wiederkehr des Endeschen Kometen,

dem wir schon eine längere Betrachtung widmeten, fällig. Wir hatten auch gemeldet, daß er bereits von Prof. Wolf in Heidelberg wieder beobachtet worden sei. Bei den Vergleichen dieser Beobachtungen mit den Bahnberechnungen des Herrn Kamensky und Fräulein Korolkow in Pulkowa stellte sich nun eine höchst merkwürdige Unstimmigkeit heraus. Eine Nachprüfung der Rechnungen ließ keinen Rechenfehler erkennen, sodah Prof. Badlund, der Direktor der Pulkowaer Sternwarte, dem wir eine gründliche Bearbeitung der Bewegung dieses Kometen während des 19. Jahrhunderts verdanken, nunmehr erklärt, daß eine Revision der diesjährigen Vorausberechnungen unter Berücksichtigung der von dem großen Planeten Jupiter auf ihn ausgeübten Störungen in seiner Bahn nötig war. Diese Revision setzte den Zeitpunkt, zu welchem der Komet der Sonne am nächsten kommen muß, zwar einen halben Tag später an, sodah der Ort des Kometen für den Zeitpunkt seiner größten Erdenähe auch stark verschoben wird, daß aber die Abweichung der früheren Rechnungen von den Wolf'schen Beobachtungen bestehen bleibt. Er schließt sogar, daß das im Januar von Wolf beobachtete Objekt nicht der Endesche Komet gewesen ist. Er glaubt vielmehr, daß der Endesche Komet sich geteilt habe — wie man das schon an anderen Kometen beobachtet hat — und daß Prof. Wolf ein in eine stark veränderte Bahn getriebenes Stück des Kometen verfolgt habe.

Andererseits hatte Herr M. Ebell in Kiel aus drei Heidelberger Aufnahmen eine Bahn des ersten 1908 beobachteten Kometen berechnet, die nur hinsichtlich der Lage der Bahnebene einige Ähnlichkeit mit der Bahn des Endeschen Kometen besitzt, aber eine über zehnmal so große Entfernung von der Sonne in seiner größten Sonnennähe aufweist. Die Badlundsche Mitteilung gestattet auf keinen Fall anzunehmen, daß beide Kometen dasselbe Objekt seien, solange man keine ganz abnorme Bahnänderung zugibt, die außerhalb des Bereiches der Rechnung liegt. Die Auffindung oder Nichtauffindung des Kometen am berechneten Orte in den nächsten Wochen wird die Zweifel über das Schicksal des Endeschen Kometen heben. Noch bei jeder Wiederkehr hat der Endesche Komet den Astronomen neue Rätsel und Arbeiten aufgegeben; er wollte in diesem Falle offenbar nicht aus der Gewohnheit kommen, um trotz seiner Kleinheit im Rufe eines interessantesten Himmelsobjektes zu bleiben.

Im Verlauf der weiteren Debatte bittet noch Geheimrat v. Jonquieres im Reichsamt des Innern, den sozialdem. Antrag, der für das Messen und Wiegen im öffentlichen Verkehr geordnete Maße usw. vorschreibt, das Wort „öffentlich“ zu streichen, abzulehnen. Die verbündeten Regierungen hätten erkannt, daß die in der Vorlage wiederhergestellten früheren Kommissionsbeschlüsse gegenüber der ursprünglichen Vorlage eine Verbesserung darstellen und er bitte daher das Gaus, an den früheren Kommissionsbeschlüssen festzuhalten. Gegen die Nachsicht der Förderwagen habe der Bundesrat schwere Bedenken. Die Annahme des bezüglichen sozialdem. Antrages würde das ganze Gesetz ernstlich gefährden. Die von dem Antrage Kapfenst. gewünschte Mäßigung auch der Bierflaschen, Krüge und Eysphons gehöre nicht in dieses Gesetz einer Maß- und Gewichtsordnung. Die Herstellung der Flaschen würde durch einen solchen Zwang erheblich verteuert werden.

Abg. Göttsch (freif. Ver.) sagt, die Beschwerden der Bergarbeiter seien nicht unberechtigt. Es ließe sich doch wohl ein Ausgleich finden, indem man die Nachsicht vorschriebe in Fällen, bei denen eine erheblichere Veränderung des Raumberhältnisses anzunehmen sei. Redner stellt einen entsprechenden Antrag.

Nach nochmaliger Bemerkung des Abg. Sachs (Soz.) werden die Anträge Albrecht abgelehnt, der Antrag Kapfenst., sowie die Anträge Meese und Delbrück zurückgezogen und die §§ 6 bis 9 und 14 unverändert genehmigt.

Es folgt der Paragraph über die fortan staatlichen Ämter.

Abg. Dettl (natl.) beantragt, dem § 18, Abs. 8, der die Landesregierungen ermächtigt, den Fortbestand bestehender Kommunalämter unverändert zu gestalten, eine andere Fassung zu geben.

Abg. Stelle (Soz.) begründet einen Antrag Albrecht, nach wie vor neben den staatlichen auch kommunale Ämter zuzulassen.

Staatssekretär Bethmann-Olsen bittet, alle Abänderungsanträge unbedingt abzulehnen, da sonst das ganze Gesetz gefährdet werde.

Abg. v. Gamp (Rp.) stimmt dem rückhaltlos bei. Die Kommunen hätten bereits Vorteile genug von den Ämtern gehabt.

Abg. Engler (Zentr.) tritt für Erhaltung des Rechtes der Kommunen auf Ämter oder doch auf deren Entschädigung ein.

Abg. Oberling (natl.) zieht im Namen der Antragsteller den Antrag Dettl zurück.

Abg. Müller-Herold (freif. Volksp.) bedauert, daß der Antrag Dettl keine Aussicht auf Erfolg habe angesichts der Stellungnahme der Regierung.

Nach kurzer weiterer Debatte werden die betr. Paragraphen unverändert angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes.

Es folgt der Nachtragsetat betr. Leuzerungszulagen. Die Kommission beantragt unveränderte Bewilligung und schlägt eine Resolution vor betr. eine angemessene Erhöhung der Bezüge von Arbeitern, Handwerkern und Hilfsarbeitern in Reichsbetrieben.

Abg. Erzberger (Zentr.) übt Kritik daran, daß der Schatzsekretär namens der verbündeten Regierungen jede, selbst die geringste Abänderung der Vorlage für unannehmbar erklärt habe.

Reichssekretär Schönm. erwidert, die Regierung wolle den Rechten des Reichstages nicht zu nahe treten. Die Anträge der Kommission forderten zuviel und gingen weit über die 23 Millionen hinaus. Wäre die Regierung darauf eingegangen, so wäre wieder eine Konkurrenz der Parteien zugunsten der Beamten eingetreten. Der Schatzsekretär geht dann im einzelnen auf die in der Kommission erörterten weitergehenden Anträge ein.

Abg. Red-Heidelberg (natl.) erklärt, daß seine Freunde mit Bedauern auf alle ihre Wünsche über die Vorlage verzichtet hätten, weil sie die Vorlage daran nicht scheitern lassen wollten, aber er müsse nur dringend mahnen, daß unter allen Umständen im Herbst die Besoldungsvorlage sofort eingebracht werde. (Beifall.)

Abg. v. Rüdiger (konf.) hofft ebenfalls, daß es im Herbst zu einer befriedigenden Lösung kommt.

Abg. Göttsch (freif. Volksp.) erklärt, seine Freunde würden dem Antrage der Kommission zustimmen, insbesondere aber auch der Kommissions-Resolution.

Nach unwesentlicher weiterer Debatte wird der Nachtragsetat genehmigt und ebenso die Resolution.

Morgen 11 Uhr kleine Vorlesung, dann Kostbampfer-Vorlesung in zweiter Lesung, ostafrikanische Bahnen in zweiter Lesung, desgleichen Ostmarkenzulagen, Tierhalter-Nachtrag. Schluß nach 7 Uhr.

Die Maifeier.

Münster, 2. Mai. Am Samstag Abend fand im „Grünen Baum“ unter Mitwirkung des Arbeitergesangsvereins „Freundschaft“ und der freien Turner unsere diesjährige, von etwa 150 Personen besuchte Maifeier statt. Gen. Trabinger aus Mühlburg hielt die Festrede und behandelte in kernigen Worten die Bedeutung des 1. Mai. Auch streifte derselbe kurz die politische Lage in Norddeutschland und das neue Vereinsgesetz. Seine Ausführungen fanden ungeteilten Beifall. Gen. Weisse fergie für den humoristischen Teil und erzielte reichen Beifall. Großes Befremden erregte es, daß von den Mitgliedern der beiden bürgerlichen Gesangsvereine, die ja hauptsächlich aus Arbeitern bestehen, trotz Aufforderung von Seiten der Partei, niemand erschienen ist. Das Verhalten dieser Arbeiter, unter welchen sich auch noch Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder befinden, zeigt, wie wenig sie sich ihrer Lage bewußt sind und welche Interesselosigkeit sie an der Arbeiterbewegung aufweisen. Hier sieht man die Früchte, wenn Arbeiter, und sogar organisierte, sich lieber bürgerlichen Klubbvereinen anschließen, als dahin gehen, wohin sie gehören.

Grünwinkel, 3. Mai. Die vom sozialdemokratischen Verein veranstaltete Maifeier, welche am 1. Mai abends 8 Uhr im Goltshaus zum „Engel“ stattfand, nahm einen sehr schönen Verlauf. Die von ungefähr 100 Personen besuchte Versammlung folgte mit spannender Aufmerksamkeit dem Vortrage des Festredners Gen. K. u. d. aus Karlsruhe. Der große Beifall ist der Beweis dafür, daß es dem Redner gelungen ist, den Anwesenden die Bedeutung des 1. Mai gebührend vor Augen zu führen. Zu dem gemüthlichen Teil unterstützten uns eine Anzahl Sänger vom Gesangsverein „Viedertafel“ und wolle wir es nicht unterlassen, ihnen für die gesanglichen Darbietungen unsern besten Dank auszusprechen. Es war das erstmal, daß dieses Fest am Tage des 1. Mai gefeiert wurde und wir sind aber trotzdem voll auf befriedigt.

Stillingen, 3. Mai. Die am Samstag Abend stattgehabte Maifeier der hiesigen Arbeiterschaft war gut besucht, aber die Feier war es auch wert! Was an Darbietungen alles geleistet wurde, kann als wohlige Erinnerung bezeichnet werden. Möge die Stillingen Arbeiterschaft sich die Worte der Festrede zu Herzen nehmen und dafür sorgen, daß vor allen Dingen die politische Organisation geklärt wird, damit die Feier am nächsten 1. Mai zu einem Fest für ganz Stillingen sich gestalten möge.

Büchenbrunn, 4. Mai. Einen sehr schönen Verlauf nahm unsere Maifeier am gestrigen Sonntag. Anwesend waren circa 100 Personen, darunter erfreulicherweise viele Frauen. Genosse Leppert-Stillingen schilderte in kurzen Zügen die wirtschaftlichen und politischen Zustände im Reiche, die Entrechtung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und schlußfolgerte, daß nur der unentwegte Kampf zur Erreichung der Ziele des Sozialismus der Arbeiterklasse ein menschenwürdiges Dasein garantiert.

Kappelrodek, 4. Mai. Auch dieses Jahr wurde hier der 1. Mai mit Arbeitsruhe gefeiert. Am Festzug nahmen 70 italienische und deutsche Steinarbeiter teil; es wurde ein Ausflug nach Waldbühl gemacht, wo eine Versammlung stattfand. Es sprach Genosse Weindl über die Bedeutung des 1. Mai und Genosse Ginelli aus Zürich in italienischer Sprache über das gleiche Thema. Abends fand in Kappelrodek im Gasthaus zum „Rehlaad“ Familienunterhaltung mit Tanzbelustigung statt.

Waldbühl, 4. Mai. Unsere Maifeier nahm einen schönen

Verlauf. Am 1. Mai war eine gefestigte Zusammenkunft im Eglau-Saale, die von Seiten Nichtorganisirter nicht gut besucht war, dagegen waren circa 80 Organisirte erschienen. Die Verteilung an dem Ausflug war eine sehr rege und die Eglauer haben geschaut, soviel Sozialdemokraten aus dem Eglau zu sehen.

Furtmangen, 1. Mai. Die diesjährige Maifeier verlief in ausgezeichnetem Maße. Die Lokalkitäten bei Engmann waren nicht besetzt. Gen. März schilderte in einem halbstündigen Vortrage die Bedeutung der Maifeier für das arbeitende Volk. Stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Musik, Gesang und komische Vorträge bildeten den unterhaltenden Teil, welcher die Festteilnehmer einige Stunden beisammenhielt. Wenn auch die Maifeier im engeren Sinne abgehalten wurde, so hatte sie, was die Stimmung anbetrifft, doch alle früheren übertroffen, denn es herrschte eine frohe, lautmächtige Feststimmung. Die Teilnehmerzahl betrug ca. 120.

Schopfheim, 2. Mai. Von verzweigten Händen auf schwandelnden Höhen angebrachte rote Fahnen in Maulburg, Langenau, Schopfheim, Fahrna, Hausen und Zell beunruhigten schon mit Tagesanbruch die arbeitenden Bevölkerung des hinteren Wiesentals, daß der Weltfeiertag bevorwärtsstrebenden Proletariats angebrochen ist. Wenige waren jedoch in der Lage, den Tag durch Arbeitserlöse zu begehen. Am Abend des 1. Mai fand im Saale der Bahnhofs-Gesellschaft eine gutbesuchte Maifeier statt. Die Musikkapelle „Eintracht“ und der Gesangsverein „Vorwärts-Schopfheim“ Fahrna hatten den unterhaltenden Teil übernommen; die Vorträge wurden mit Beifall aufgenommen. Die Festrede des Genossen Adolf Müller, welche mit einem Hoch auf die völkerverfreiende Sozialdemokratie endete, brachte eine tief empfundene Begeisterung hervor. Der ganze Verlauf der Feier war maßgeblich und hatte einen ernsten Charakter.

Zell i. W., 4. Mai. Zur Feier des 1. Mai hat ein hiesiger Genosse auf dem Wöhrenlopp eine rote Fahne aufgeflogen. Dieselbe trug die Inschrift: „Proletarier aller Länder vereinigt euch!“ Lustig flatterte das rote Banner, bis gegen 11 Uhr mittags ein eifriger Feldhüter die rote Gefahr beseitigte.

Die Maifeier, welche den örtlichen Verhältnissen halber, erst am 2. Mai abgehalten werden konnte, erfreute sich eines guten Besuchs. Eine junge Genossin begrüßte die Anwesenden durch Vortrag eines Gedichtes. Landtagsabg. Gen. Kösch hielt die Festrede. Daß das Referat verstanden wurde, bewies die große Begeisterung und Beifall des Besuchs. Abschluß folgte ein Theaterstück und Tanz.

Nadolsell, 4. Mai. Die Maifeier verlief zufriedenstellend. 150 Besucher ist allerdings setwas zu wenig für die hiesige Stadt. Das Referat des Gen. Kräter fand lebhaften Beifall. Auch den Gesangsvorträgen, Souplets und turnerischen Aufführungen wurde lebhafter Beifall gesendet. Mögen die Worte des Redners auf guten Boden gefallen sein.

Waldbühl, 2. Mai. Die am 1. Mai abends im „Scheffelhof“ abgehaltene Maifeier war gut besucht. In dreiviertelstündiger, eindrucksvoller Rede gab Gen. G. u. g. l. dem Wahgedanken Ausdruck. Redner streifte u. a. den Berliner Rangstreik, den Achtstundentag, die soziale Gesetzgebung zum Schutze der Arbeiterklasse, unsere Forderungen und den preussischen Wahlschicksal. Ungeteilter Beifall wurde ihm zuteil. Der allzeit rührige Arbeitergesangsverein „Eintracht“, sowie unser Vereinskomitee W. u. l. mit seinen neuesten Schlagern trugen wesentlich zum Gelingen der Feier bei. Allgemeine Lieber, dem Ernste der Maifeier Rechnung tragend, würzten das Programm. War auch die Maifeier der Waldbühler organisierten Arbeiterschaft einfach und schlicht, so hat sie trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, ihre Wirkung auf die Teilnehmer nicht verfehlt und zur Erkenntnis der Bedeutung des 1. Mai beigetragen.

Bad. Rheinfelden, 1. Mai. Auch hier wurde die Maifeier in der üblichen Weise gefeiert. Früh morgens wurde dieselbe eingeleitet mit einer Flugblatt-Agitation. Eine Menge Flugblätter wurden vor den Fabriken verteilt. Mittags 2 Uhr zogen die Genossen nach der Schweiz und schlossen sich dem Festzug in Schweizer Rheinfelden an. Die Gewerkschaften und Genossen hatten 9 Fahnen. Die Teilnehmerzahl am Festzug be-

Cheater und Musik.

Hoftheater Karlsruhe.

„Das Käthchen von Heilbrunn“. Neueinstudierung. Der gestrige Abend brachte die erste Wiederholung der Neueinstudierung von Kleists „Käthchen von Heilbrunn“, auf welche wir noch zurückzukommen haben.

Es ist das durchschnittlich am meisten gespielte Drama des Dichters. Ein später Nachklang aus der Ritterromantik des Mittelalters. Viel Säbelgerassel, Rüstungsgelapper und noch viel mehr Scheiterel. Wir wissen, wie skeptisch Goethe dem Stück gegenüberstand: „Ein wunderbares Gemisch von Sinn und Unsinn, das fächer ich nicht auf, auch wenn halb Weimar es verlangt, die verfluchte Unnatur!“ Auch in Wien hatte es zunächst wenig Glück. Der Zwiespältigkeit, der eigenartigen Mischung von leuchtender poetischer Poesie und trivialer, theatralischer Macho war sich auch der Dichter bewußt, als er schrieb: „Nur die Unschicklichkeit, es für die Bühne passend zu machen, hat mich zu Mißgriffen verführt, die ich jetzt beweinen möchte.“ Den Schluß vom „Käthchen“, ihre Erhebung als des Kaisers uneheliches Kind zur „kaiserlichen Prinzessin von Schwaben“ mag man allenfalls im epischen Kindermärchen noch hinnehmen, in der lebendigen Darstellung des Dramas auf der Bühne wirkt es in heutigen Zeiten doch zu unglücklich. Wäre dieses selbe Käthchen irgend eines ehrfurchtsamen Heilbronner Bürgers ehrliebe Tochter gewesen, so dürfte dieses Advancement und ihre nur dadurch mögliche Heirat mit dem Herrn Ritter Lobesam vielleicht weniger rasch von staten gegangen sein und wir sähen sehr möglicherweise unser „Käthchen“ heute noch so ledig wie damals — vorausgesetzt, daß sie noch lebte. Aber tatsächlich ist diese Gestalt völlig aus der Phantasie gegriffen und Heilbrunn hat sie noch nie lebhaftig vor sich gesehen. Ebenso „unnatürlich“, um das Goethesche Wort zu gebrauchen, und wenig geschmackvoll erscheint auch das häßlich unterwürfige im Wesen dieser sonst mit so hohen Augenbrauen ausgestatteten Waffenschmiedstochter. Eine derartige Widersprüche- und willenlose slavische Dingenbung an den herrlich harten Mann geht über die Grenzen der Liebesprobe hinaus und zeigt eher eine völlige Verkennerung der Menschenwürde denn das Idealbild grenzenloser Selbstverleugung. Dennoch bringt das Stück viel Wirkungsvolles, richtig Romantisches, nicht ganz glaubhafte aber auf Sinne und Gefühl gleichermaßen und fräftig einwirkende Bilder mittelalterlicher Kläuber- und Ritterherrlichkeit. Und obenrein, es ist „lehrreich“: die

gute und die böse Prinzessin, der Sieg des Guten über alle Mänke des Bösen.

Es ist eine eigenartige Beobachtung, die man in den letzten zwei, drei Jahren am hiesigen Hoftheater machen kann, belanglosere Sachen erscheinen in meist besonders sorgfältiger und vollendeter Durchführung. Auch der geistigen Aufzueinerung und Aufführung durch Herrn Schefranek ist manch Gelungenes nachzurühnen. Die Schaulpläne des Stückes, die Straßburg, Schloß Thurned, die Köhlerhütte, die Höhle des Behmgeridits — alles keine wirklich historischen Existenzen — waren gut gestellt und besonders der Zusammensturz der Burg Thurned bedeutete für das Auge des Zuschauers ein sehenswertes Schauspiel. Freizerg ist für den Grafen Wetter vom Straß wie geschaffen. Nahe Männlichkeit und Strenge, Ritterlichkeit, wenn es gilt, den Schwachen beizustehen, und trotzdem Weichheit des Gemüts kommen bei ihm in gleicher Anschaulichkeit zum Ausdruck. Eine überaus liebliche Erscheinung voller Innigkeit und Hingebung ist Fräulein Müller als „Käthchen“. Sie hat das träumerische Verschwommene der Rolle geschickt mit dem Wirklichen auszugleichen gewußt und so eine einigermaßen fest umrissene Gestalt geschaffen, die das Publikum häufig rührt. Für die Schauspieler in muß die Rolle der Kunigunde überaus unsympathisch sein, undankbar direkt. Fr. Frauenborfer entledigte sich ihrer Aufgabe aufs beste. Das leidenschaftliche Moment erfährt die größere Betonung, das Dämonische ihres Wesens muß dabei mehr als tunlich zurücktreten. Einen weniger zärtlichen als treu besorgten, mitunter recht Inorrigten Vater Theobald gibt Herr Kempf, während Herr Waffermann als warmherziger Gottschalk fleißig das humoristische Element in die Handlung trägt. Sonst verdienen noch Feltz Baumhach (Meingraf), Guigo Böder (Wurggraf von Freiburg), Hof. Marx (Kaiser) und unter den Damen Fr. Gramer, Fr. Pöbdeitel, Frau Fig und Fr. Genter hervorgehoben zu werden. Das Stück schien trotz seiner Schwächen Gnade vor dem Publikum gefunden zu haben, denn es applaudierte, besonders Herrn Ferg und Fr. Müller, äußerst lebhaft. L.

Literatur.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, erschien soeben: Der preussische Landtag, Handbuch für sozialdemokratische Landtagsabwähler. Fortgeführt bis April 1908. Im Auftrage des Parteivorstandes herausgegeben von Paul Girsch. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist das

31. Heft des 26. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Rechts schwenkt marsch! Von Carl Bloch. — Dr. Arnold Dodel. Von Hermann Grünlich. — Antwort auf das Oldenburger Beispiel. Von Richard Wagner (Wend). — Der Lehrermangel in den deutschen Volksschulen. Von Otto Mühl. — Zur Parteilage in Italien. Von Odo Oberberg (Rom). — Briefe aus Newyork. Von Algernon Lee (Newyork). — Wirtschaftliche Rundschau. Von J. Karst. — Literarische Rundschau: Helene David, Die Teilnahme der Frau an der sozialen Arbeit. Von Therese Schlegel. — Minn. B. (R. Renin), Zu 12 let. (Zwölf Jahre. Zwei Tendenzen im russischen Marxismus und in der russischen Sozialdemokratie). — Zeitschriftenchau.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist der Nr. 9 des 18. Jahrganges zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: An die Genossinnen! Von Ottilie Vaader. — Warum fordern wir den Achtstundentag? — Maifeier und Wahlschicksal. Von Luise Zieg. — Der Matrosen der internationalen Proletariats. Von Dora B. Montefiore-London. — Arbeiterschutz für Heimarbeit. Von Johannes Gebel. — Der Militarismus und die Frauen. Von B. Sellinger. — Internationale Solidarität. Von Emmy Freundlich. — Die Maiferorderung der Dienstmädchen. Von Helene Grünberg. — Vom Kampfe für die Verkürzung der Arbeitszeit in den Vereinigten Staaten. Von Josefine Conger-Raneko. — Zur Zeit! Von Frieda Wulff. — Arnold Dodel t.

Für unsere Mütter und Hausfrauen: Wichter vorwärts! Von Gottfried Keller. (Gedicht). — Etwas vom Leben. Von Hanns Dorf. II. (Fortsetzung). — Ein Bildbildeabend. Von A. Hendrich. — Frühlingbild. Von Nikolaus Renau. (Gedicht). — Fischspeisen für Gesunde und Kranke. Von Dr. Emil Pfaff. — Alkohol und Kind. Von S. P. — Herzogin. Von Leopold Schefer. (Gedicht). — Die Mutter als Erzieherin. — Für die Hausfrau.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgeld 55 Pf.; unter dem Postband 85 Pf. Jahresabonnement 2.60 Mark.

ca. 400 ... in ... Die ...

Ein ...

Das ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

... 400 Personen. Abends 8 Uhr wurde im „Oderheim“ in Bad. Rheinfelden eine Festversammlung abgehalten. Dieselbe war von ca. 500 Personen besucht und hatte den Inhalt über die Bedeutung des 1. Mai referiert. Die Feier ist gut verlaufen.

Aus der Partei.

Wetzlar, 3. Mai. Am Sonntag, 3. Mai, nachmittags 3 Uhr, fand hier im Gasthaus zum „Eternen“ eine öffentliche Versammlung statt zwecks Gründung eines Arbeitervereins. Der Referent, Gen. Wilhelm Bergmann aus Wetzlar, behandelte das Thema: „Warum organisieren wir uns im badischen Arbeiterverband?“ Er legte den zahlreichen Zuhörern in sachlicher Weise die Gründe dar, die uns bestimmen, spezielle Arbeitervereine zu gründen. Seine Ausführungen fanden lebhaften Beifall. Von den Anwesenden schied sich noch in die Mitgliederliste ein, so daß die Zahl der Mitglieder bis jetzt schon 60 beträgt. Es wurde dann eine provisorische Verwaltung gewählt, die noch die nötigen Vorarbeiten bis zum Samstag, 9. Mai, an welchem Tage sich der Verein definitiv konstituieren wird, zu vollziehen hat. Es wäre nun auf dem idealen Gebiete des Gesanges in der hiesigen Arbeiterbewegung ein Schritt vorwärts getan. Möge der neue Verein wachsen und gedeihen zum Segen der gesamten Arbeiterbewegung.

Gewerkschaftliches.

Wetzlar, 2. Mai. Die Wahlen zum Gewerkschaftsrat, die hier erstmals, und zwar nach dem System des Wahlsystems, vor sich gehen, finden am 18. Mai für die Arbeiter und am 18. Mai für die Arbeitgeber statt. Seitens des Gewerkschaftsrates wird eine ruhige Agitation entfaltet. Die „Wahlschlachten“ müssen sich im stillen ab, mit welchem Erfolg, bleibt abzuwarten. Abzugewagt dürfte er nicht werden, wenn die hiesige Arbeiterschaft auf dem Damm ist.

Badische Chronik.

Burlach.

— Ein schwaches Fernbeben hat der hiesige Seismograph am Morgen 2 Uhr angezeigt.

Daxlanden, 5. Mai. Gestern Abend gegen 7 Uhr schlug ein Blitz in das Wohnhaus des Friseurs Wilh. Rißt, ohne jedoch zu zünden. Es muß noch als ein Glück betrachtet werden, daß dieser Schlag, der seinen Weg durch das Wohnzimmer nahm, kein größeres Unheil anrichtete. Die hoch der Schäden ist bis jetzt noch nicht festgestellt.

Heusenl. W. Bekanntlich wird hier alljährlich am 10. Mai der Geburtstag des heimatkundigen allernährlichen Dichters Heusenl. W. feierlich gefeiert. Dieses Jahr fällt das Geburtsfest auf einen Sonntag und dürfte aus diesem Grunde die Feier, welcher aus der näheren und weiteren Umgebung sich zahlreiche aus in gewöhnlichen Jahren hier einfinden.

Konstanz, 3. Mai. Wegen Mordes zum Tode verurteilt wurde, wie wir am Samstag kurz mitteilten, vom Reichsgericht in Karlsruhe der 49jährige, ledige, ehemalige Schlosser Karl Schneider von Unterlautlingen. Der Angeklagte, der als uneheliches Kind einer Dienstmagd zur Welt kam, hat schon Gefängnisstrafen von mehr als 20 Jahre Zuchthaus, wozu er auch in der hiesigen Gefängnisanstalt, ungenügend eine Zuchthausstrafe, die ihm am 10. April d. Js. von dem Reichsgericht in Karlsruhe wegen eines schweren, in Landquart verübten Einbruchsdiebstahls auferlegt wurde. Seit dem Jahre 1897 lebte er ausschließlich vom Verbrechen. Im Gefängnis in Landquart brach er die Eisenstäbe des Fensters aus den Rastungen und rettete sich durch einen gewagten Sprung aus dem Fenster. Im August 1898 drang er in das schweizerische Gefängnisgebäude in Landquart ein; als er von einem Wächter erwischt wurde, schlug er diesen mit einem Messer durch die Rippen in den Kopf und sprang Johann in den Rhein, um sich demnach dem andern Ufer zu erreichen. Er wurde jedoch von dem Wächter erwischt und in das Gefängnis zurückgeführt. Im Gefängnis in Konstanz wurde er, um einen Ausbruch zu verhindern, mit Ketten an die Wand geschnitten; am Morgen des 1. Oktober jedoch war der Angeklagte verschwunden. Er hatte sich unter Vermeidung des Wächters das Fenstergitter abgenommen und ohne vorher noch dem Gefängniswärter einen Besuch abzusagen, und sich dort gründlich restauriert zu haben! Als er am 1. Oktober von einem Polizeikorps wegen nächtlicher Ausbreitung festgenommen werden sollte, verfuhr er in diesem im Landquart einbrach und die Schalterkasse abräubte. Beim Überlaufen in München hatte er die klassische Gaunerfreudigkeit sich dem Polizeikommissar als „Detektiv aus Luzern“ vorzustellen. Im Zuchthaus Solothurn mußte eine besondere Zelle für den Angeklagten gebaut werden, da die vorhandenen für seine Verwahrung ungenügend waren. Er hat dort auch einen Ausbruch unternommen und mit einem Falchmesser überlieferte. Der Angeklagte ist nun beschuldigt, den Kantonspolizisten Johann Staub von Oberägeri, einen Mann von 27 Jahren, am Nachmittag des 15. November zwischen halb 3 und halb 4 Uhr im Wald bei der Hattenhöhe zwischen Schönenboden und Schönenbach erschossen zu haben. Staub hatte den Angeklagten beim Transport gestohlener Sachen überreicht und gleichzeitig Schner hochmütig leugnete, wurde er doch zum Tode verurteilt.

Wie die „Konstanzer Nachrichten“ melden, hat der Mörder Staub ein umfassendes Geständnis über die Mordtat abgelegt.

Neues vom Tage.

München, 4. Mai. Bei dem gestern über München und Umgebung niedergegangenen Gewitter schlug der Blitz in eine Scheune bei Forstentree und tötete 8 Schafe. Der Hirt, ein 60jähriger Mann namens Christof Fischer, wurde vom Blitz getroffen und bewußlos von Passanten aufgefunden. Das in seinen Taschen befindliche Geld, so wie Uhr und Kette war durch den Blitzschlag geschmolzen.

Wetzlar, 4. Mai. Frau v. K. K. K., die auf dem Wetzlarer Berg ihren Wohnsitz hat und sich dann selbst verbrannte, ist in der Nacht zum Sonntag gestorben.

Die gerichtliche Untersuchung hat ergeben, daß Frau v. K. K. K. ihren Mann, den Gatten zu ermorden, schon vor einiger Zeit gefaßt hat und in allen Einzelheiten genau ausgeacht hatte. Die Baronin war eine sehr eifersüchtige Natur.

Jünnsbrud, 4. Mai. Gestern Vormittag ist nächst der Ortsgemeinde Dornau im Illertal vom Schwabachlar eine große Lawine niedergegangen, die den größten Teil ihrer Menge in den Zembach ablagerte. Dieser schwall mächtig an und brach mit Gewalt gegen die Ortsgemeinde Dornau aus. Die Umgebung von Dornau wurde vollständig überschwemmt. Mehrere Brücken sind weggerissen. Es entstand an Gebäuden und Wäldern großer Schaden.

Wien, 4. Mai. Wie die Blätter melden, hat die 19jährige hübsche Tochter Marie des hier wohnenden russischen Grafen Marcell Veitich sich deshalb im Donaukanal ertränkt, weil sie von ihrem eigenen Vater zu unstillbarem Lebenswandel gezwungen wurde. Graf Veitich wurde verhaftet.

Paris, 4. Mai. Der 60jährige Bankdirektor Raimbaut wurde von seiner Witwe in Schlaf erdolcht. Die Witwe wollte dann den Leichnam fortzuschaffen und gestülde ihn, als es ihr zu schwer wurde, die ganze Last zu tragen. Ein Better der Witwe erstattete Anzeige.

Madrid, 4. Mai. Nach telegraphischen Meldungen aus Granada wurde dort gestern Abend während eines Stierkampfes ein Stierkämpfer von einem Stier auf die Hörner gespießt und in die Luft geschleudert. Ein Angelegter des Stierkampfes wurde schwer verwundet. Das Publikum war flüchtig, Kläfer und andere Gegenstände in die Arena. Hieraus stiegen eine Schaar junger Vurfschläger, um die Stiere noch mehr zu reizen. Mehrere von ihnen wurden von den Stieren verwundet. Kaum hatte das Publikum den Stier verlassen, als in diesem Feuer ausbrach und die vordersten Galerien einäscherte.

New-York, 4. Mai. Aus Fort Wayne im Staate Indiana wird berichtet, daß das Hotel „Avelina“ durch eine Feuersbrunst zerstört worden sei. 30 Personen kamen in den Flammen um.

Eine entsetzliche Boots-Katastrophe

hat sich vorgestern auf dem Dnieper in Rußland zugetragen. In dem Fleden Romy Schöon wollte eine Menge von 150 Bauern mit Frauen und Kindern, die aus der Kirche kamen, in einem kleinen Boot über den Dnieper setzen. Infolge von Ueberlastung schlug das Boot wenige Meter vom Ufer entfernt um und alle Insassen versanken in den Wellen. 120 Menschen sind ertrunken, gegen 30 konnten gerettet werden.

Aus der Residenz.

*** Karlsruhe, 5. Mai.**

Bürgerauschüttung.

Beim Aufruf ergab sich die Anwesenheit von 87 Mitgliedern. Der vorgelegte Antrag zu den Satzungen der Gewerkschule rief eine Debatte nicht hervor. Dagegen der Punkt: Erlassung eines Ortsstatuts über den Besuch der Gewerkschule und der Handelsschule. Stadtverordneter Dacritz wendet sich gegen die Verpflichtung, daß jugendliche Arbeiter bis zu 18 Jahren die Gewerkschule besuchen müssen. Bürgermeister Jöhrenbach bittet, es bei dem bisherigen Zustand zu belassen. Gen. Eichhorn plädiert für den Beschlusses des Schulgeldes bei der Gewerkschule; manche Familienväter hätten an sich schon große Lasten zu tragen. Diese Forderung sei umsomehr berechtigt, als der Besuch der Gewerkschule obligatorisch sei. Dem schließt sich Stadtverordneter Anselment im Namen des Gewerkschulvereins an. Oberbürgermeister Siegrist erklärt, daß die Landesherliche Verordnung den Wünschen des Stadts. Dacritz entgegenstehe. Der Stadtrat werde versuchen, eventuelle Erleichterungen durchzuführen. Stadtverordneter Rehmann sagt, daß das Statut der Karlsruher Gewerkschule müßtergiltig sei. Man solle auf dem beschrittenen Wege fortfahren. Redner tritt für einen Besuch der Schule durch Mädchen ein, die das Nähen oder Schneidern erlernen. Der Forderung auf Abschaffung des Schulgeldes stehe er sympathisch gegenüber. Stadtrat Dierstag will von einem Besuch der Gewerkschule durch Schneiderinnen oder Putzmaschinen um deswillen auch nichts wissen, weil die Räumlichkeiten der Schule dazu nicht ausreichen. Es sollten mehr Mädchen Dienboten werden. Stadts. Heide kann sich vor allem wegen der von auswärts kommenden Lehrlinge nicht für die Aufhebung des Schulgeldes ermitteln. Bürgermeister Jöhrenbach kann dies für den Stadtrat ebenfalls nicht versprechen, da jährlich nur 6 Mk. zu zahlen sind. Der Handwerksunterricht für die Mädchen sei aus finanziellen Gründen fallen gelassen worden. Die Stadts. Emmele und Dehn bringen noch kleinere Wünsche vor. Inzwischen hat die sozialdemokratische Fraktion den schriftlichen Antrag auf Aufhebung des Schulgeldes gestellt. Er wird dem Stadtrat als Material übergeben. Eine andere Behandlung sei geschäftsordnungsmäßig nicht tunlich. Die Stadt, so erklärt Oberbürgermeister Siegrist, könnte übrigens auf das Schulgeld, das die Gewerkschule einbringt (etwa 9000 Mk.) nicht verzichten. Stadts. Heimbürger bekämpft diese Auffassung mit guten Gründen. Stadts. Kolb bedauert, daß die „verrückte“ Städteverordnung die Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag unmöglich mache. Dieser Antrag sei konsequent. Die höheren Klassen genieren sich durchaus nicht, die Lasten für Gymnasien, Universitäten etc. dem Staate aufzulegen. Was da gelte, gelte auch für das Schulgeld in der Gewerkschule. Stadts. Rehmann spricht nochmals für Aufhebung des Schulgeldes, Stadtrat Dr. Weill dagegen. Die Steuerkraft der Karlsruher Bürger müsse geschont werden. Stadts. Heimbürger tritt der Weillschen Ansicht entgegen. Damit war dieser Punkt erledigt.

Die Herstellung der Gasleitung nach Weiertheim hat die Frage nach der Wasserleitung ausgelöst. Bis jetzt hat Weiertheim eine Wasserleitung nicht verlangt. Gen. Beck tritt im Gegenteil zu anderen Auffassungen für die Herstellung einer Wasserleitung ein. Ihre Ausführung wäre dringend wünschenswert. Oberbürgermeister Siegrist sagt Berücksichtigung des Wunsches zu; eventuell werde eine diesbezügliche Vorlage dem Stadtrat zugehen. Die Pflasterung der Kaiser-Allee und Verlegung von Straßenbahngleisen daselbst. Stadts. Müller ist von der Notwendigkeit der Pflasterung der Kaiser-Allee nicht

überzeugt. Stadts. Pfeiffer wendet sich gegen die Verlegung der Straßenbahngleise. Das wäre nicht praktisch. Die Vorlage sollte dem Stadtrat zurückgegeben werden. Stadts. Moninger hält die jetzige Lage der Schienen für sehr glücklich. Man solle die Gleise nicht verlegen. In diesem Sinne sprechen sich noch aus die Stadts. Oberle, Maurer, Frey, letzterer bittet, bei der Pflasterung Asphalt und nicht das geräuschvolle Granit zu verwenden. Man solle endlich zu geräuschloseren Pflastermitteln greifen. Stadts. Goldschmidt tritt für die Stadtratsvorlage ein. Es wurde schließlich die Vorlage an den Stadtrat zurückverwiesen; eine gemischte Kommission von 7 Personen soll mit der abermaligen Prüfung beauftragt werden.

Der Erweiterung der Einrichtungen im Hafengebiet wird zugestimmt; desgleichen der Erlassung eines Ortsstatuts über den Ertrag der der Stadtgemeinde durch Herstellung der Gutfenstraße entstandenen Kosten.

Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Ortsstatuts über das Gewerbegericht gibt zunächst den Gen. Willi Veranlassung, Beschwerden gegen die jetzige Fassung zu erheben. Wir haben im „Volksfreund“ schon diesen Gedanken Ausdruck verliehen. Willi kritisiert die Zustände bei den Gewerbegerichtswahlen; man sollte von 12-2 Uhr und von 6-8 Uhr, anstatt von 9-12 Uhr wählen lassen. Dann würde den Arbeitern ein Lohnausfall nicht entstehen. Es ist bedauerlich, daß der Stadtrat den Wünschen der Interessenten auch nicht im geringsten entgegengekommen ist. Unter diesen befinden sich ja die Arbeitgeber ebenfalls. Bürgermeister Jöhrenbach sucht die Bedenken Willis zu zerstreuen. Die Wählerlisten seien den Wählerarten vorzuziehen. Die nächsten Wahlen fallen im Sommer vorgenommen werden. Die Wahlzeit konnte nicht abgeändert werden, weil dann die Wahlzettel nach der ersten Periode — etwa 12-2 Uhr — in Verfall genommen werden müßten. Eine Erhöhung der Zahl der Beisitzer sei nicht notwendig. Stadtrat Boeck verwahrt den Stadtrat gegen die Vorwürfe, die das Gewerbegerichtsstatut und der „Volksfreund“ erhoben. Er äußert sich im ähnlichem Sinne, wie Bürgermeister Jöhrenbach. Es sei ein Fehler, wenn Gerichte zu viele Beisitzer haben. Viele Beisitzer machten das Gericht unselbständig, nicht selbständig. Stadts. Oberle tritt den Ansichten Willis entgegen. Die Gebührenabschaffung bringt uns noch mehr Prozesse wie vorher. Gen. Willi verteidigt nochmals seinen Standpunkt und entgegnet auf die Bemerkungen der Redner. Der Stadtrat sollte die Vorlage zurückziehen. Oberbürgermeister Siegrist nimmt die Stadtratsvorlage in Schutz. Stadts. Müller will erklärt wissen, daß Arbeitgeber und Arbeitnehmer an den Gewerbegerichten festhalten wollen. Schließlich wurde die Vorlage gegen die Stimmen unserer Genossen gutgeheißen.

Die Herstellung von Eisweihern auf den Hanten- und Langenbrunnwiesen südlich des Rangierbahnhofes wird akzeptiert.

Beim 9. Punkt: Ankauf des Grundstücks Fichtestraße 1 entfernt sich der Oberbürgermeister. Der dienstälteste Stadtrat Boeck hält es zunächst für angebracht, eine Moralpauke zu halten; sie galt wohl auch dem „Volksfreund“, denn er war das einzige Blatt, welches rückhaltlos seine Gegnerschaft zu dem Häuserankauf in der Fichtestraße kundgab. Nicht etwa um der Person des Oberbürgermeisters willen; davon kann keine Rede sein. Wir wollen auch gar nicht untersuchen, ob es notwendig war, die Repräsentationspflichten des Karlsruher Oberbürgermeisters so in den Vordergrund zu rücken, wie es Herr Boeck getan. Die vielen Worte, die er aufwandte, ließen nicht darauf schließen, daß starke innere Anteilnahme beim Projekte war. Stadts. Goldschmidt vertrat die Ansicht des geschäftsleitenden Vorstandes. Die Ablehnung bedeutet eine persönliche Spitze gegen den Oberbürgermeister. (Allgemeiner Widerspruch.) Die Diskussion leitete Stadts. Boeck ein. Er sagte den Rednern, sie müßten wenig unter der Bürgerschaft verkehrt sein, sonst hätten sie nicht den Mut gehabt, die Vorlage hier zu vertreten. Unter der Bürgerschaft hätte die Vorlage böses Blut gemacht. Die Vorlage sei ein Faustschlag ins Gesicht der Steuerzahler Karlsruhes, habe ihm, Boeck, ein höherer Militär gesagt. Die Befürworter der Vorlage pfeifen mißunter auf die Meinung der Bürgerschaft. Boeck beantragt für die Vorlage namentliche Abstimmung. Stadtrat Goldschmidt tritt für die Vorlage ein und wendet sich gegen Boeck. Die zu laufende Villa sei billig und entspreche den Wünschen des Oberbürgermeisters. Stadts. Maurer sagt, die Freisinnigen stimmten für die Vorlage, Boeck stehe mit seiner Gegnerschaft allein. Die Repräsentationspflicht erfordert den Ankauf der Villa in der Fichtestraße. Stadts. Kolb wendet sich gegen Goldschmidt; der gegenwärtige Augenblick sei der ungeeignete, um die Vorlage einzubringen. Man überschätze die Repräsentationspflichten des Oberbürgermeisters nicht; die Nichtigkeit eines Oberbürgermeisters hängt nicht davon ab. Warum hat man denn seinerzeit 12 000 Mk. für das Gebäude in der Waldhornstraße gefordert, wenn der Beschluß nicht ausgeführt werden konnte? Die geforderten 5000 Mk. sind 40 Prozent des Gehaltes des Oberbürgermeisters. Schließlich sei die Wohnungsmisere in Karlsruhe doch größer, wie sie etwa in der Wohnungsfrage des Oberbürgermeisters dargelegt wird. Man kann für 2500 Mk. in Karlsruhe schon eine hübsche Wohnung bekommen. Wir lehnen seitens der sozialdemokratischen Fraktion die Vorlage ab; man gebe dem Oberbürgermeister ein bestimmtes Wohnungsgeld, damit ist der Sache abgeholfen. Stadts. Weill erklärt sich für die Herstellung eines eigenen Wohngebäudes für den Oberbürgermeister. Stadtrat Dierstag verteidigt die Vorlage des Stadtrats. Gerade jetzt habe zugegriffen werden müssen, da die Häuser zurzeit stark im Preise gesunken seien. Stadts. Kirchnerbauer: Die Erregung über das Projekt sei begreiflich; man könne die Zustimmung vor den Steuerzahlern nicht vertreten. Gätte man ein eigenes Wohnhaus gebaut, wäre man billiger dazugekommen. Stadtrat Dieber polemisiert gegen den Stadts. Boeck. Stadts. Rehmann: Die Vorlage beweist, daß nicht der richtige Kontakt zwischen der Bürgerschaft und der Stadtverwaltung besteht. Trotzdem trete er für die Vorlage ein. Stadtrat Dr. Weill wirft sich ebenfalls für die Vorlage ins Zeug, dabei des längeren gegen den Gen. Kolb polemisierend. Die Sozialdemokratie habe stets auf die Erhöhung der Umlage hingearbeitet. Stadts.

Seld ist für die Vorlage. Ein Schlussantrag wird eingebracht und angenommen. Die namentliche Abstimmung ergibt die Annahme der Vorlage mit 54 gegen 34 Stimmen. Selten hat eine Vorlage eine so hochgradige Erregung hervorgerufen.

Zur Schulspeisung hungernder Kinder.

Frau S. Kronstein schreibt uns: „Zur Verächtigung Ihrer Mitteilung über unsere Konferenz zur Frage der Schulspeisung teile ich Ihnen mit, daß ich nicht gesagt habe, es handle sich hier um 40-60 Kinder, sondern daß in München an jeder Schule etwa 40-60 Kinder gespeist würden, und daß ich nicht daran zweifle, daß es auch hier an jeder Volksschule 40-60 Kinder geben wird, die zu Hause kein genügendes Mittagessen erhalten. Es ist mir nicht eingefallen, von einer feststehenden Zahl zu sprechen.“

Das Kilometerheft.

Ein Spatzvogel veröffentlicht in der „Wiesent. Ztg.“ folgende Todesanzeige: „Tieferschüttert teilen wir lieben Bekannten mit, daß es dem Steuerfiskus, dem Mächtigen, gefallen hat, unser innigstgeliebtes, herziges Kind, das Kilometerheft, im zarten Alter von 14 Jahren nach kurzer parlamentarischer Behandlung dem irdischen Dasein zu entrücken. Um kühles Beileid bitten. Baden, 29. April 1908. Die tieftrauernden Hinterbliebenen: Das reisende Publikum.“

Der Motorradfahrer.

welcher am Sonntag tödlich verunglückte, ist ein Grundbuchgehilfe von hier. Der „Ettl. Randsmann“ schildert den Unfall noch, wie folgt: Der Motorradfahrer fuhr in außerordentlich scharfem Tempo über die Eisenbahnbrücke bei Klein-Müppurr. Als er in die Nähe der Straßenkreuzung, allwo das Gefälle der Abtalbahn über die Straße führt, kam, mußte er einem daherkommenden Zug ausweichen, da er sonst direkt auf den Zug gestoßen wäre. Hierbei verlor der Fahrer aber die Herrschaft über sein Rad und rannte direkt auf einen Baum, so daß er leblos zu Boden fiel. Ein des Weges kommendes Automobil nahm sich des Verunglückten an und verbrachte ihn nach Karlsruhe.

* Gewerbeschule Karlsruhe. Gestern, den 4. Mai ds. Js., begann an der hiesigen städtischen Gewerbeschule ein neues Schuljahr. Nach dem Ortsstatut sind mit Ausnahme der Bäcker, Gerber, Metzger und Bierbrauer alle in den übrigen Gewerben hiesiger Stadt (Karlsruhe, Mühlburg, Rintheim, Weiertheim, Müppurr) beschäftigten Arbeiter (Gesellen, Gehilfen, Lehrlinge) beiderlei Geschlechts unter 18 Jahren gewerbeschulpflichtig. Die der Gewerbeschule angegliederten Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung, bestehend in Gehilfenkursen mit theoretischem, Fachzeichnen, Modellier- oder Werkstoffunterricht, begannen gleichfalls am 4. Mai ds. Js. Diese Kurse werden auch für solche Gesellen und Gehilfen eingerichtet, die in der Jugend keine Gelegenheit fanden, eine Gewerbeschule zu besuchen.

Der Unterricht findet wöchentlich zweimal, gewöhnlich von 7-10 Uhr abends, statt. Das Schulgeld für einen halbjährigen Gehilfenkurs ist von der Stadtverwaltung auf den niederen Betrag von 3 Mark festgesetzt.

* Der kaufmännische Verein „Badenia“ veranstaltet morgen Abend 9 Uhr im Hotel „Monopol“, Kriegerstraße, einen öffentlichen Vortrag, in welchem Herr Landtagsabg. Fr. u. h. a. u. f. über das Thema „Die Sonntagruhe im Handelsgewerbe“ referieren wird. Nach dem Vortrag findet freie Diskussion statt.

* Eine Leiche gelandet. Am 1. d. M. wurde unterhalb Maxau die Leiche eines etwa 50 Jahre alten, 1,75 Meter großen, dem Arbeiterstande angehörigen Mannes gelandet, die etwa vier Wochen im Wasser gelegen haben mag. Bei dem Toten wurde u. a. aufgefunden: ein Heftchen, in dem der Name Peter Kehler und verschiedene Anzeigeliste, darunter auch „Das Evangelium vom blauen Schürmermontag“ stehen. Ferner eine Streichholzschachtel in einer Metallhülle, welche die Aufschrift „Photographische Anstalt Haus Röhne, Speyer, Heidenreichstraße 1“ und „Erinnerung an meine Dienstzeit im 2. Pionierbataillon Speyer“ trägt. Bis jetzt gelang es nicht, etwas Näheres über die Persönlichkeit des Verstorbenen zu ermitteln.

Letzte Post.

Frieden im Baugewerbe.

Berlin, 4. Mai. Dem Schiedspruch für das deutsche Baugewerbe haben jetzt auch alle Arbeiter-Organisationen zugestimmt. Darnach ist der Friede im deutschen Baugewerbe bis 1910 gewährleistet.

Geheimnidrämerei.

Berlin, 4. Mai. Vor der 7. Strafkammer des Landgerichts Berlin I hatte sich heute der frühere Geheimsekretär des Auswärtigen Amtes, Oskar Pöplau, wegen verurteilter Nötigung, begangen an dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Schön, zu verantworten. Auf Antrag des Staatsanwaltes beschloß der Gerichtshof im Interesse der Sicherheit des Staates, die Dessenflichtigkeit während der ganzen Dauer der Verhandlung auszusprechen. Als Zeugen waren geladen: die Frau des Angeklagten und sein früherer Verteidiger, Rechtsanwalt Vertram. Das Urteil lautete gemäß dem Antrage des Staatsanwaltes auf einen Monat Gefängnis. Auch bei der Begründung des Urteils wurde die Dessenflichtigkeit ausgesprochen.

Die Kehrseite von Soldatenmißhandlungen. Berlin, 4. Mai. In der gestrigen Nacht hat sich der

Gefreite Beder vom 3. Garde-Grenadierregiment, nachdem er zuvor einen Schuß auf einen vorgeleiteten Unteroffizier abgegeben hatte, mit seinem Dienstgewehr erschossen. Beder, der bereits im zweiten Jahre Dienste und Kapitulant war, fand in der vergangenen Nacht vor dem Gefängnis Pflanzhof auf Posten. Offenbar war ihm von dem revidierenden Unteroffizier eine Ausstellung gemacht worden und er gab auf diesen einen Schuß ab. Der Unteroffizier fiel zu Boden, trotzdem er durch den Schuß nicht verletzt worden war, worauf der Schütze sich erhob.

Die Gemeinderatswahlen in Frankreich.

Paris, 4. Mai. Die gestrigen Gemeinderatswahlen sind in Paris verhältnismäßig ruhig verlaufen. Die 55 Mandate verteilen sich wie folgt: 9 Radikale und Radikal-Sozialisten, 7 gemäßigten Sozialisten, 7 unabhängige Sozialisten und 32 Oppositionelle. Von den 25 erforderlichen Stichwahlen sind 24 für die republikanischen Kandidaten günstig. Die Resultate aus der Provinz gestatten die Annahme, daß die politische Lage durch die gestrigen Wahlen in keiner Weise geändert ist. In Paris drang im 9. Wahlbezirk, wo ein Fräulein Laloe gegen einen ehemaligen Vorstehenden des Gemeinderats kandidierte, eine Gruppe von Frauenrechtlerinnen in das Wahllokal und störte die Wahlurne um. In Bordeaux und Castres kam es zu Unruhen. In Liebain bei Lens wurde ein Anarchist bei einem Zusammenstoß getötet. Einzelheiten über die dortigen Krawalle fehlen noch.

Der Streik englischer Werftarbeiter.

London, 4. Mai. 6000 Werftarbeiter der Clyde-Beck sind in den Ausstand getreten, weil ihnen eine geforderte Lohnaufbesserung verweigert worden ist. Man befürchtet eine weitere Ausdehnung der Streikbewegung, sodas jetzt 60 000 Arbeiter streiken werden.

Vereinsanzeiger.

Karlsruhe. (Sozialdem. Verein.) Mittwoch abend 8 Uhr im „Auerhahn“ im Nebenzimmer Ausschußsitzung. Die Dürgerauschlußaktion ist auf halb 9 Uhr zu dieser Sitzung eingeladen. Vollzähliges Erscheinen notwendig. Der Vorstand.
Karlsruhe. (Gesangverein Bruderbund) Morgen Mittwoch abend halb 9 Uhr Zusammenkunft der Sänger bei Wilhelm Frommer zum „Storchennest“, Ede Scheffel- und Schenkerstraße. Der Vorstand.
Zähr. (Sozialdemokrat. Verein.) Jeden ersten Dienstag im Monat, abends halb 9 Uhr, im „Adler“ Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.
Freiburg. Gewerkschaftskartell. Mittwoch den 6. Mai, abend halb 9 Uhr, Sitzung bei Sants. Vollzähliges Erscheinen erwartet. Der Vorstand.
Konstanz. Sozialdem. Partei. Mittwoch den 6. Mai, abend 8 Uhr, finden zwei Bezirksversammlungen nach der den Genossen bekannten Einteilung statt, und zwar der 2. Bezirk im „Silbernen Mond“ und der 3. Bezirk in der „Helvetia“. Genossen erscheint zahlreich in Euren Bezirk. Der Vorstand.

Wasserstand des Rheins.

Dienstag den 5. Mai, morgens 6 Uhr: Schutterinsel 2.65, gest. 19 cm, Rehl 3.05, gest. 8 cm, Maxau 4.70, gest. 6 cm, Mannheim 4.20 gest. 10 cm.

Rudolf Wieser Kaiserstrasse 153

Damen- u. Kinderstrümpfen Sports-Strümpfen Herren-Socken und Kinder-Söckchen.

Saal-Theater Zentral-Kinematograph G. m. b. H. Storensaal Schiffstr. 9 Freiburg. 400 elegante Sitzplätze. Erstklassiger Kinematograph. Programm vom 2. bis incl. 8. Mai 1908: 1. Die durstigen Ziehleute (urkomisch), 2. Traum des kleinen Wilhelm (komisch), 3. Roman der Zigeunerin, 4. Vom Zambesi bis Zentral-Afrika, grossartige Naturaufnahme, 5. Aus der Oper „Martha“, singend „Mag der Himmel dir vergehen.“, 6. Studentenstreiche (zum Totlachen), 7. Schachpartie (hochinteressant), 8. Jugendblume (koloriert, sehr interessant), 9. Waidmanns Freund und Leid (Familienszene), 10. In Livree oder der neue Jagdhüter (neuestes Drama). Werktags ununterbrochen Vorstellung von nachmittags 3 Uhr bis 10 Uhr abends. Sonn- und Feiertags von 1 Uhr ab. Preise der Plätze: Erwachsene 1. Platz 60 g, 2. Platz 40 g, 3. Platz 20 g, Kinder und Militär Loge 40 g, 1. Platz 30 g, 2. Platz 20 g, 3. Platz 10 g. Abonnement: 1. Platz (12 Karten) M 6.-, 2. Platz (12 Karten) M 4.-. Vereine Ermässigung. — Buffet im Saal, kein Trinkzwang. Samstag von 6 Uhr ab und Sonntag den ganzen Nachmittag Extra-Konzert. Ein Besuch dieses grossartigen und belehrenden Programms kann nur empfohlen werden. Die Direktion.

Kartoffeln beste Magnum per Zentner Mk. 3.40 Malta-Kartoffeln 1 Pfund 9 Pfg. 10 Pfund 85 Pfg. Egypt. Zwiebeln 1 Pfund 8 Pfg., 10 Pfund 72 Pfg. frei ins Haus. E. Bucherer Körnerstrasse 9, 1729 Göttestraße 23, Maltenstrasse 14, Jähringerstrasse 21, Durlacherstrasse 56, Gerwigstrasse 10, Rintheim Hauptstr.

Bekanntmachung. Vom 3. Mai bis einschliesslich 27. September d. J. lassen wir an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen folgende Verkehrsänderungen eintreten: Friedhoflinie: Von 2 bis 6 Uhr nachmittags werden die Linien 3 und 4 (Hauptbahnhof-Schlachthof, bzw. Friedhof) vereinigt und verkehren die Wagen in 5 minütlicher Wagenfolge auf der Strecke Hauptbahnhof-Friedhof. Kühler Kurglinie: Länger dem bereits bestehenden Spätwagen 11¹ ab Hauptbahnhof wird ein Sonderspätzug eingelegt. Abfahrt vom Hauptbahnhof 11¹² nachts, Marktplaz 11¹⁸, Mühlburger Tor 11²², Ankunft Kühler Krug 11³², Abfahrt 11³⁵. Das diesen Spätzug benutzende Publikum erreicht an den Umsteigestellen bequemen Anschluss an die Spätwagen nach der Stadt bzw. nach Mühlburg. Karlsruhe, den 30. April 1908. Städt. Straßenbahnamt.

Sofort verkauft 1 Badewanne, 1 Waschmange billig zu verkaufen bei Marg, Luisenstr. 45. Zu verkaufen: Bettstelle mit Matratze, Deckbett, Kissen 30 M., eichene Waschkommode 6 M., gebraucht Sopha 10 M., Stühle Stück 1.50 M., Küchenschrank 2 M., Uhlandstr. 22, p. An- und Verkauf fortwährend getragene Herren- und Damenkleider, Schuhe und Stiefel, aber nur gute Sachen. 4632 Frau Bertha Strecktuss, Bennenstraße 7, nächst der Durlacherstrasse.

Fahrrad-Reparaturen an Fahrrädern aller Systeme werden sorgfältig und billig ausgeführt. Ferner empfehle meine patentamtlich geschützte Luftpumpe im Fahrradrahmen eingebaut und lässt sich in jedes Fahrrad leicht einfügen. F. Metzler Mechaniker und Fahrradhändler Karlsstrasse 26.

Berghausen. 2008 1 gute Milchziege zu verkaufen Entengasse 9. Vogtl. Wäschekücherei Füll- und Spachtel-Spigen, Tischgarnituren u. Fensterrahmen sehr billig zu verf. 1842 Große Auswahl! Marienstr. 92, 3. Et. rechts. Leopoldstrasse Nr. 37, 4. sind ein gut möbliertes zweifertiges und ein einfaches Zimmer für einen soliden Arbeiter billig zu vermieten. Durlach. 2000 Gut möbliertes Zimmer an soliden Arbeiter zu vermieten. Lammstrasse Nr. 5, 3. Durlacher Allee 26, 5. Et. ist ein möbliertes Zimmer sofort billig zu vermieten. Ludwig-Wilhelmsstr. 5, 1. ist ein freundlich möbliertes Zimmer mit zwei Betten sofort zu vermieten. Bettstatt groß, gut erhalten, ist billig zu verkaufen. Mühlburg, Garbstr. 3, 3. Et. Fahrrad m. Freilauf u. 1000 verf. Bahnhofstr. 10, 1. Kinderwagen m. Gummiräder zu verf. Pultstr. 20, 5. Et. Herd klein, gut erhalten, 1000 burg, Lindenplaz 9, 2. Et. Kanarienhäube werden zu Auswahl verf. Marienstr. 68, 5. Et. Strumpfarbeiten werden gef. Schützenstr. 79, 9. 3. Et. Liegwagen, geb., billig zu verf. Prinzstr. 29, 6. 3. Et. Die Aussagen, die ich gegen Hans Kugler in der Verhandlung über die Angelegenheit gemacht habe, nehme ich hiermit zurück. Karl Rieh.

Freiburg 1133 Buchbinderei zum Einbinden von Werken, Zeitschriften und zur Einrahmung von Bildern. K. Schättgen Gidastrasse 7.

Seite 7. den Ge... loso B... wird... wena... Weiter... Han... Uma... Schmerzloses Zahnziehen garantiert... 4 U... unter... S... Unter gef... des Gewerf... anhangsdrige... eingelaufen... Nach... Programme, d... der Kaufe erhält... Am 1/2 3... Fahrt nach Ber... Wagnere... Samstag, den... halbjährl... und ladet die S... th... 18. Anträge sin... bestanden einzure... 11-Ultraw... Sel... Oeffentl... Dienstag den... schaftale... Zur polit... 11... Badisc... Referent: ... übermann tot... Freie Di... 50 Pfg am... Ortskran... Die Statutenge... Genera... am... Samstag den... Anla des... Bericht über... Antrag des... des Statuts... Antrag von l... der Herrn... Veränderung... verschiedenes... gasfreiem... die erwähl... ernächtigt sind... schaf, den 4.

Wichtig für jede Hausfrau ist

Montag, 4. bis einschl. Samstag, 9. cr.

Montag, 4. bis einschl. Samstag, 9. cr.

Herm. Schmoller's

Billige, Bunte Woche!

Verlangen Sie an den Kassen Rabattmarken!

Um unsere Lager der ungünstigen Witterung wegen möglichst zu verkleinern, bringen wir während dieser Woche sämtliche Artikel unseres Hauses zu **Stauen erregend billigen Preisen** zum Verkauf.

Beachten Sie bitte unsere Schaufenster-Auslagen!

Kein Verkauf an Wiederverkäufer!

- Bunte Herren-Hemden aus waschechtem Halbflanell Stück 1.95, 1.45 **108** M.
- Bunte Frauen-Hemden aus waschechtem Halbflanell mit Spitzen Stück 1.95, 1.50 **115** M.
- Bunte Nachtjacken aus Ia Halbflanell, mit Steh- und Umlegkragen Stück 1.85, 1.50 **98** M.
- Bunte Anstandsrocke aus uni, gestreift und kariert, Halbflanell mit feston. Volant Stück 1.85 **138** M.
- Macco-Herren-Hemden Stück 1.95, 1.60 **130** M.
- Macco-Herren-Hosen Stück 1.85, 1.50 **110** M.
- Macco-Herren-Jacken Stück 1.40, 1.10 **85** M.
- Macco-Damen-Jacken Stück 1.50, 1.20 **78** M.
- Untertaillen aus Chiffon, mit Feston und Spitze . . . Stück **95** M.
- Untertaillen in verschiedenen Ausführungen teilw. Musterstücke, St. **165** M.

Ein Restbestand
Kinderschürzen
bis 55 cm lang Serie I II
farbig und schwarz, Stück **65 90** M.

Damen-Reform-Schürzen aus Ia waschechten Siamosen, extra weit, mit Volant, Tasche u. Besatz, Stück 2.95, **255** M.

Damen-Korsetten in Ia Ausführungen, Stück 1.90 1.35 **88** M.

Damen-Gürtel in Gummi, Leder und Fantasie Stück **95** M.

Gürtelschlösser Stück **18** M.

Kinder-Kragen in Batist u. Piqué mit Spitzen und Feston . . . Stück **80** M.

Spitzen-Stoffe, fabelhaft billig in Tüll- u. Valenciennes.
Ein Posten Festons 4 1/2 m, Stück **65** M.

Damen-Spangenschuhe schwarz und farbig mit hohem und niederem Absatz Paar **275** M.

Damen-Hausschuhe mit Kordelsohle Paar **88** M.

Sandalen, braun, rot und schwarz mit Lederkappen und Brandsohle
für Damen für Herren
Paar **4.25** M. Paar **4.75** M.

- Damen-Strümpfe, echtschwarz, engl. lang, Paar **22** M.
- Damen-Strümpfe, engl. lang, ohne Naht, mit doppelt. Ferse u. Spitze, Paar **55** M.
- Damen-Strümpfe, engl. lang, Ringel, Paar **52** M.
- Damen-Strümpfe, echtschwarz, engl. lang, Paar **88** M.
- Herren-Socken, farbig gestreift, Paar **15** M.
- Herren-Socken, „Reform“, Paar **28** M.
- Herren-Socken, „Macco“, ohne Naht, mit doppelt. Ferse u. Spitze . . . Paar **38** M.

Kinder-Strümpfe
in größter Auswahl — enorm billig!

Ein Posten **Kleiderstoffe** Serie I II III IV V
in uni, gestreift und kariert, zum größten Teil Meter **62 95 125 160 195** M.
Neuheiten letzter Saison

Waschstoffe in Mousseline, Satin, Cachemire, Leinen imitiert etc. . . . Meter **55, 40, 32** M.

Kleider-Velours, Ia Qualitäten, hübsche Muster Meter **58, 48, 38** M.

Schürzenstoffe, 120 cm breit, kariert u. gestr. Muster m **85** M., **58** M.

Bett-Cattun, ca. 82 cm breit, m 55, **42** M.

Bett-Cattun, ca. 130 cm breit, Ia. Qualität m **95** M.

Bettbarchent, ca. 82 cm breit, glatt, rot u. rot/rosa gestreift m **78** M.

Bettbarchent, ca. 130 cm breit, glatt, rot u. rot/rosa gestreift m **125** M.

Bettdamast, rot, ca. 130 cm breit, m 1.65, **120** M.

Ein großer Posten **Els. Wäschetuch** Sort. I II III
nur Ia bewährte Qualitäten, zu Leib- und Bettwäsche vorzüglich geeignet. Meter **35, 45, 55** M.

Storestoffe, altgold, ca. 130 cm breit, m 1.85, **135** M.

Möbel-Cattun m 62, 55, **45** M.

Möbel-Crêpe m 95, 80, **72** M.

Gardinen, breit m 110, 90, **62** M.

Gardinen, schmal m 40, 28, **16** M.

Tischdecken, Filztuch 2.95, 2.45, **1.65** M.

Tischdecken, moderne Zeichnungen zum Waschen Stück 245, 165, **98** M.

Staubtücher, 1/2 Dtzd. 95, 75, **58** M.

Poliertücher . . . 1/2 Dtzd. 125, **85** M.

Kinder-Taschentücher, bunt u. weiß, 1/2 Dtzd. 80, 55, **42** M.

Herren-Taschentücher, bunt Leinen imit., 1/2 Dtzd. 165, 125, **98** M.

Herren-Taschentücher, bunt Batist und Jaconet, 1/2 Dtzd. 1.65, **1.15** M.

Weisse Taschentücher, Ia Qualitäten, 1/2 Dtzd. 145, 95, **65** M.

- Bunte Herren-Oberhemden, waschechte Qualitäten, Stück 4.65, 3.45, 2.25 M.
- Bunte Serviteurs, Stück 45, 35, 25 M.
- Herren-Krawatten, Serie I II III alle Façons, Stück 45, 65, 85 M.
- Gummi-Hosenträger, für Herren, sehr stark Paar **88, 55** M.
- Herren-Westen, enorme Auswahl, neueste Dessins Stück 4.90, 3.75, 2.95 M.

Spazier-Stöcke, **45** M. an
großes Sortiment, Stück von

Sturzflaschen, weiß, Stück 68, 30, 16 M.

Bierkrüge Stück 48, 38, 26 M.

Butterdosen mit Deckel, St. 48, 28, 19 M.

Glasschalen, in versch. Größen, 28, 12, 7 M.

Kompott-Glasteller, St. 12, 9, 7, 4 M.

Citronenpressen Stück 9 M.

Salzbehälter, doppelt Stück 6 M.

Wassergläser Stück 18, 10, 8, 5 M.

Bierbecher, 1/4 Liter (stark), Stück 9 M.

Weingläser, auf Fuß, 1/2 Rippen, St. 10 M.

Kaiserbecher, 1/4 Liter Stück 18 M.

Eckenseidel, 1/10 Liter, Stück 19 M.
per 100 Stück **17.75** M.

Küchenwagen, Stück 3.50, 2.45, **1.75** M.

Kaffeemühlen, Stck. 210, 145, 115, **78** M.

Fleischhackmaschinen, Stück 5.75, 4.35, 2.95 M.

Kohlenbügeleisen Nr. 3, Stück 3.95, **2.45** M.

Gasbügeleisen mit festem Griff, Stück 105, **88** M.

Zwiebelgestell mit schönem Dekor, Stück **98** M.

Emaille-Gestelle für Seife, Sand, Soda, Stück **2.25** M.

Schöpföffelbleche, St. 2.55, 1.95, **1.45** M.

Zinkwaschtöpfe, Stck. 2.95, 2.45, **1.95** M.

Zinkeimer Stück 105, 88, **78** M.

Zinkwannen, Stück 2.25, 1.65, **1.15** M.

Fiberbürsten Stück 45, 30, 24, **16** M.

Wurzelbürsten Stück 32, 25, **19** M.

Fiberschrubber Stück 55, 45, 38, **28** M.

Wurzelschrubber Stück 48, 34, **24** M.

Bodenbesen, reine Borsten 150, 110, 72, **58** M.

Handbesen, reine Borsten 88, 68, 58, **38** M.

Roßhaar-Bodenbesen St. 195, 165, **115** M.

Roßhaar-Handbesen Stück **78** M.

Wichsbürsten Stück 88, 58, 38, **24** M.

Auftragbürsten Stück 12, 9, 8, **4** M.

Kleiderbürsten Stück 125, 78, 58, **38** M.

Flaschenpinsel Stück 45, 30, 22, **12** M.

Gläserpinsel Stück **88, 45, 28** M.

Parkettbodenwische, weiß und gelb, 1 Pfund **55** M.

Wäscheleinen Stück 110, 88, 55, **32** M.

Wäscheklammern 60 Stück **11** M.

Waschkörbe Stück 210, 165, 125, **95** M.

Marktkörbe mit Deckel Stück 210, 165, **1.25** M.

Markttaschen Stück 145, 98, 68, **48** M.

Marktnetze Stück 85, 72, 48, **38** M.

Während der billigen, bunten Woche in unserer **Konfektions- und Putz-Abteilung** enorm billige Preise.

Angeführte Artikel sind nur einige Beispiele!